



AUS UNSERER ARBEIT 2017

Kirchliche Verantwortung für kulturellen Wandel



WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK

Lobbyarbeit mal anders:
Kirchen für eine menschen-
gemäße Wirtschaft



LÄNDLICHER RAUM

Landesentwicklungsplan:
Größere „räumliche Vision“
für Hessen fehlt



ARBEIT & SOZIALES

Chancen auf Teilhabe auch
für Langzeitarbeitslose



PROJEKT „DEMOKRATIE STÄRKEN“

Sorge um Demokratie gilt
auch für die eigenen Reihen



JUGENDPOLITISCHE BILDUNG

Veränderung der Lebenswelt
junger Menschen und der
Einfluss der Digitalisierung



UMWELT & DIGITALE WELT

Vorbereitungen zur Stärkung
des nachhaltigen Einkaufs
in der EKHN

Inhalt

VORWORT	3	LÄNDLICHER RAUM	
WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK		Dr. Maren Heincke Umwelt- und sozialschädliche Subventionen müssen abgeschafft werden: Agrarpolitik der Europäischen Union nach 2020	24
Dr. Brigitte Bertelmann Aufbruch 2030: Auf dem Weg zu einer Kultur der Nachhaltigkeit	4	Dr. Maren Heincke Größere „räumliche Vision“ für Hessen fehlt: Zur 3. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000	26
Pfarrer Dr. Ralf Stroh Lobbyarbeit mal anders: Der Beitrag der Kirchen für eine menschengemäße Wirtschaft	6	JUGENDPOLITISCHE BILDUNG	
Dr. Brigitte Bertelmann Mehr als „Stopp TTIP und CETA“: Die Debatte um eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Handelspolitik geht weiter	8	Annika Gramoll Veränderung der Lebenswelt junger Menschen und der Einfluss der Digitalisierung	28
ARBEIT & SOZIALES		DEMOKRATIE STÄRKEN	
Dr. Julia Dinkel Work-Life-Balance: Nur mit der europäischen Ebene wird das Bild vollständig	10	Matthias Blöser Sorge um die Demokratie gilt auch für die eigenen Reihen: Hilfestellung für Haupt- und Ehrenamtliche in Kirche zum Umgang mit demokratiefeindlichen Tendenzen	30
Marion Schick „Man könnte meinen, man hat plötzlich Lepra.“ Chancen auf Teilhabe auch für Langzeitarbeitslose!	12	AUS DER REGION	
Heike Miehe Start in den Beruf	15	Annette Claar-Kreh Von Gott reden an alltäglichen Orten	32
UMWELT & DIGITALE WELT		Dr. Tobias Krohmer Wesentlich mehr als nur ein Benefizessen: Das Projekt „Tafel der Vielfalt“	34
Pfarrer Dr. Hubert Meisinger Sich vom Geist bewegen lassen: Bewahrung der Schöpfung in interreligiöser Perspektive	17	Heike Kisseel „Fremde. Heimat“ Engagiert für eine gemeinsame Zukunft	36
Kathrin Saudhof Nachhaltige Beschaffung: Vorbereitungen zur Stärkung des nachhaltigen Einkaufs in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN)	20	STREIFLICHTER	38
Michael Grunewald Die digitalen Technologien haben dem Menschen zu dienen	22	PERSONALIEN	41
		ADRESSEN	42
		IMPRESSUM	43

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

etwas hat sich verändert – auch in unserem Land. Öffentliche und mediale Debatten werden (wieder) zunehmend von radikalen und populistischen Gruppierungen geprägt. Statt Toleranz und Offenheit wollen sie Abschottung und Ausgrenzung. Neueste Studien zeigen sogar, dass demokratiefeindliche Haltungen und Einstellungen, auch in Hessen und Rheinland-Pfalz, in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Eine rechtspopulistische Partei wurde in den Bundestag gewählt.

Der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat mit positiver Streitkultur hält dies sicher aus, keine Frage, doch eine offene und demokratische Gesellschaft ist nicht selbstverständlich. Die Verantwortung für sie lässt sich nicht delegieren. Jeder und jede ist hier gefordert! Demokratiefeindlichem Extremismus jeder Couleur ist zu wehren. Auch unsere Kirche leistet einen Beitrag dazu. Im letzten Jahr wurde in unserem Zentrum eine sechsjährige Projektstelle eingerichtet, die sich mit Fragen der Demokratieentwicklung und -stärkung befasst (S. 30).

Natürlich haben wir uns im letzten Jahr, in evangelischer Verantwortung, auch mit anderen drängenden gesellschaftspolitischen Themen beschäftigt. Neben wirtschafts- und finanzpolitischen (ab S. 4) und arbeitspolitischen (ab S. 12) Themen oder Fragen der Digitalisierung (S. 22 u. 28) oder der Entwicklung regionaler Sozialräume (S. 26) standen ebenfalls die mit dem Klimawandel verbundenen Herausforderungen weiterhin im Zentrum unseres Engagements (S. 17 u. 20). Mit Blick auf die besonders drängende Frage, wie wir verstärkt vom Wissen zu nachhaltigem Handeln kommen, hat sich in den letzten Jahren die Erkenntnis durchgesetzt, dass sich der notwendige Wandel im Felde der menschlichen Kultur vollziehen muss. Denn letztlich geht es um eine grundlegende Klärung des menschlichen Selbst- und Weltverständnisses. Dabei spielen die in Kulturen inhärenten religiösen und weltanschaulichen Quellen, ihre Leitbilder, -ideen und -erzählungen, eine wichtige orientierende oder eben auch desorientierende Rolle. Die Kirchen, als eine der „religiösen Quellenträger“ von Kultur, haben dann aber eine hohe, auch selbstkritisch zu bearbeitende Verantwortung zum Wandel und zur Umkehr zu mehr Nachhaltigkeit beizutragen.

Die Frage des Wandels, ja der Umkehr, steht auch im Fokus der Jahreslosung des letzten Jahres. Sie ist dem Prophetenbuch des Ezechiel entnommen und lautet: „Ich, Gott, will euch ein neues Herz geben und einen neuen Geist in euch geben“ (Ezechiel 36,26). Auf dem Hintergrund menschenverursachter Katastrophen seiner Zeit (Krieg, Zerstörung und Vertreibung) weist der 598 v. Chr. nach Mesopotamien deportierte Prophet in Form einer „Gottesrede“ darauf hin, dass grundlegender Wandel weder einfach herbeizuarargumentieren ist, noch durch Drohung oder menschliche Gewalt zu erzwingen ist. Vielmehr spricht er in seiner hoffnungsstiftenden Botschaft in krisenhafter Zeit die alte religiöse Ahnung aus, dass Gott selbst uns entgegenkommt, sein Wille geschieht, wenn Leben gelingen soll. Denn der uns im Glauben entgegenkommende Gott lässt uns erkennen, was wir Menschen wirklich sind: seine Geschöpfe, aufeinander angewiesen. Einem drohenden oder bestehenden „kalten, steinernen Herzen“ (Ezechiel 2, 4) des Menschen, der letztlich nur um sich kreist, ist so eine andere Perspektive gegeben. Im Glauben werden wir – trotz aller berechtigten und notwendigen Autonomie und Sorge um uns selbst – gewahrt, dass wir Abhängige und Angewiesene sind – und zwar in einem ganz grundsätzlichen Sinne. Das alles kann man nicht logisch deduzieren, nicht einfach herstellen. Doch wenn sich diese Perspektive einstellt, hat Gott schon ein Werk getan. „Neues“ ist geworden, Wandel kann gelingen. Es geht um das Gewährwerden einer tiefen Beziehung, um ein Leben, das sich ganz auf Gott einlässt und sich in konkreter sozialer Praxis ausrichtet. Im Neuen Testament wird diese Glaubensperspektive – nicht sonderlich überraschend – im sogenannten „Doppelgebot der Liebe“ zusammengedacht:

„... Du sollst den Herrn, deinen Gott lieben mit deinem ganzen Herzen, von ganzer Seele und von ganzem Gemüt. Dies ist das höchste und erste Gebot. Das andere aber ist dem gleich: ‚Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.‘ ...“ (Markusevangelium 12,29f).

Ihr



Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt
Leiter des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung



Aufbruch 2030: Auf dem Weg zu einer Kultur der Nachhaltigkeit

Veränderungen erleiden oder Wandel gestalten?

Menschen mögen keine schlechten Nachrichten, schon gar nicht, wenn sie mit dem Hinweis verbunden sind, man sei „selbst schuld“ an der misslichen Situation. Noch schwieriger kann es mit der Motivation zu Veränderungen werden, wenn die negativen Folgen des Nichtstuns erst in vielen Jahren und überwiegend nicht vor der eigenen Haustür, sondern eher in anderen Teilen der Erde erwartet werden.



von: Dr. Brigitte Bertelmann, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik
 ➔ b.bertelmann@zgv.info

Das könnte eine mögliche Erklärung dafür sein, dass das Wissen darum, dass der von zahlreichen Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftlern inzwischen vielfach, plausibel und anschaulich dargestellte Beginn des Anthropozäns als Zeitalter, in dem der Mensch selbst zum Faktor für globale, geophysische Veränderungen wie globale Erwärmung, Artensterben, Schadstoffüberlastung der Meere etc. geworden ist, kaum zu Verhaltensänderungen in signifikantem Umfang führt. Wir kommen nicht vom Wissen zum Handeln, obwohl das Wissen inzwischen keineswegs mehr neu und überraschend ist. Bereits der Brundtland-Report (1987) der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, erschienen vor 30 Jahren unter dem Titel „Unsere gemeinsame Zukunft“, und wies auf die gemeinsame Verantwortung und die durchaus bestehenden Handlungsoptionen hin. Vor 25 Jahren (1992) fand in Rio die erste Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung statt und seitdem zahlreiche weitere große Treffen, bei denen Nachhaltigkeit als gemeinsamer Wert und die gemeinsame Verantwortung für Klimastabilität und die Respektierung der planetarischen Grenzen wortreich beschworen wurden. Wenn es um konkrete Maßnahmen zur Umset-

zung, um verbindliche, überprüfbare Verpflichtungen und Zusagen geht, scheint das Halma-Prinzip zu gelten: Verloren hat, wer sich zuerst bewegt. Mehr zu tun als „die anderen“ oder mehr als das, wozu man im Austausch für eine Gegenleistung – sei sie politischer oder materieller Natur – „freiwillig“ bereit ist, gilt als Schwäche und lässt politische und/oder wirtschaftliche Wettbewerbsnachteile befürchten.

Dass wir dabei in eingefahrenen Denkmustern von Wettbewerb und Wachstumszwang gefangen sind, wird häufig beklagt. Wenn es darum geht, sie als scheinbar alternativlose Leitbilder für ordnungspolitische Strukturen, aber auch für individuelles, unternehmerisches und politisches Handeln grundsätzlich infrage zu stellen, fehlt der Mut oder die Fantasie für neue, zukunftsweisende Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle. Auch der Gedanke, dass das Rad hier gar nicht neu erfunden werden muss, dass wir bereits über alles nötige Wissen und die technischen Voraussetzungen verfügen, um die Schäden und das Leiden abzuwenden, das mit einem „Weiter so“ verbunden sein würde, scheint noch nicht überzeugend zu können. Dabei ginge es doch zunächst nur darum, konsequenter anzu-

erkennen, dass Menschen mehr sind als Konsumenten oder Investoren, Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, Kreditnehmer oder Sparer, Wohnungssuchende oder Immobilienbesitzer, aktuelle Migranten oder Nachkommen von Zuwanderern – die Liste ließe sich lange fortsetzen.

Grenzen und Chancen für kirchliches Handeln

Bekräftigt wurden diese Erkenntnis und der Wille, gemeinsam zu handeln, von den über 160 Staaten, die das Klimaabkommen von Paris 2015 ratifiziert haben. Viele haben auch Erwartungen an Kirchen formuliert und hoffen auf deren transformatorische Kraft.

Im Frühjahr 2017 haben im Rahmen einer Tagung, die nicht zufällig in der Evangelischen Akademie in Wittenberg stattfand, Mitglieder des Netzwerks *Ökumenischer Prozess Umkehr zum Leben – den Wandel gestalten* (www.umkehr-zum-leben.de) ein Impulspapier vorgestellt, in dem sie einladen zu einem ökumenischen Aufbruch 2030. Dort heißt es: „Der kirchliche Einsatz für eine Kultur der Nachhaltigkeit ist unverzichtbarer Teil ihrer Sendung und transformativ zu sein, gehört zu ihrem Wesen. Hierbei ist die gesamte Kirche in ihren Binnen- und Außenbeziehungen gefordert.“ (Auf dem Weg zu einer Kultur der Nachhaltigkeit. Plädoyer für ökumenische Such- und Konsultationsprozesse, Heidelberg, April 2017, S. 34)

Dazu gehört sehr wesentlich auch die Reflexion der eigenen Rolle und des kirchlichen Auftrags in der Welt. Was



häufig als kleinkarierte „Beschäftigung mit sich selbst“ kritisiert wird, findet nicht losgelöst, sondern vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen unserer Zeit statt. Sie ist eine immer wieder zu bewältigende Aufgabe, wenn Kirche sich in der Welt glaubhaft und glaubwürdig positionieren und wahrgenommen werden will, nicht als Selbstzweck oder Egozentrismus, sondern als Dienst. Dazu gehört auch eine Veränderung kirchlicher Strukturen, die es ermöglichen, dass Kirchen dazu beitragen können, auf allen Ebenen nach Wegen zu einer Kultur der Nach-

gleichzeitig der Kernforderung Martin Luthers zu Buße und Umkehr im Alltag entsprechen und diese Möglichkeit der Umkehr als Angebot und Chance verstehen und nutzen und nicht als eine Strafe, die es möglichst zu vermeiden gilt.

Das Impulspapier, das zunächst in Wittenberg und später auch bei einem Workshop im Rahmen der *Peoples Conference on Climate Justice* im November in Bonn vorgestellt und zuletzt im Dezember 2017 in einer Veranstaltung im ZGV diskutiert wurde, konkretisiert diese Einladung und nennt mögliche Beispiele.

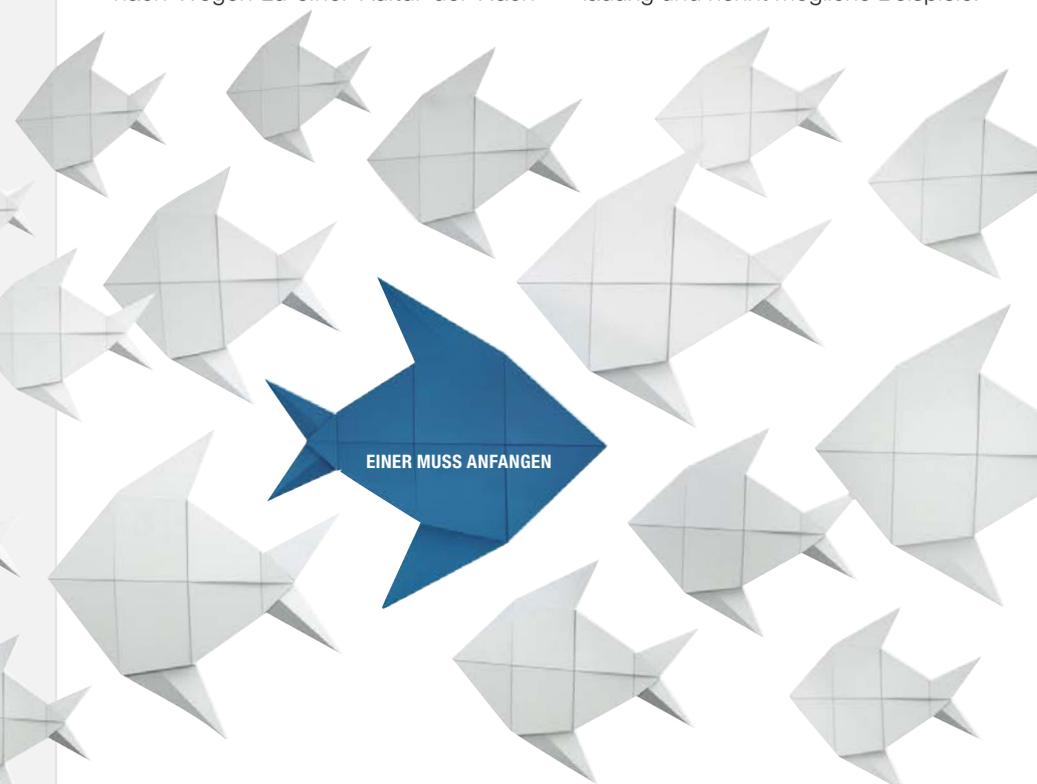
von materiellem Wachstum und den institutionellen und ökonomischen Strukturen infrage stellen? Traut Kirche ihrem Kernnarrativ, dem Evangelium der Hoffnung und Befreiung, eine solche verändernde Kraft zu?

Eine Teilnehmerin der Konferenz in Wittenberg hat ihre Antwort so formuliert: „Veränderung geschieht im Dreischritt Halt – Haltung – Verhalten. Wenn wir Veränderung wollen, dann können wir den letzten Schritt nicht vor dem ersten gehen; dann müssen Menschen zunächst Halt im Evangelium finden – daraus kann eine Haltung erwachsen, aus der ein bestimmtes Verhalten und damit Veränderung resultiert ... Wenn Kirche ein glaubwürdiger Transformateur werden will, muss sie sich zunächst selbst stark verändern.“

Zusammenarbeit zwischen Kirche, Forschung, Wirtschaft

Kirchliche Bildungsarbeit in kirchlichen Schulen, im Religions- und Konfirmandenunterricht und weiteren Feldern außerschulischer Bildung ebenso wie an den theologischen Fakultäten und kirchlichen Hochschulen kann zur Befähigung zu transformativen Prozessen und zu transformativer Wissenschaft beitragen. Schließlich können die Erfahrungen der kirchlichen Wohlfahrts- und Entwicklungsverbände dazu beitragen, dass die Suche nach Lösungen mit dem Horizont der Einen Welt geschieht und Erfahrungen aus allen Ebenen und Arbeitsfeldern von Kirche einbezieht. Diese Vielfalt kann auch zu größerer Offenheit für die Erkenntnisse und Erfahrungen anderer Fachgebiete beitragen und sie verknüpfen mit Ergebnissen naturwissenschaftlicher Forschung, aber auch neuerer wirtschaftstheoretischer Ansätze, wie der Gemeinwohlökonomie oder der politischen Ökonomie der Gemeingüter. Diese Zusammenarbeit wiederum kann wertvolle Grundlagen bieten für die Entwicklung einer Kultur der Nachhaltigkeit und damit einer Umkehr zum Leben.

Das Impulspapier *Auf dem Weg zu einer Kultur der Nachhaltigkeit. Plädoyer für ökumenische Such- und Lernprozesse* ist im ZGV erhältlich und steht auf der Seite www.umkehr-zum-leben.de zum Download zur Verfügung. ■



haltigkeit zu suchen und kontinuierlich Schritte in diese Richtung zu gehen.

Dass ein kultureller Wandel zu einer sozialökologischen Transformation nicht nur mit kurzfristigen Projekten erreicht werden kann, sondern nur als gemeinsame Querschnittsaufgabe aller kirchlicher Arbeitsbereiche und Institutionen, und dass dies ein stetiges und starkes Engagement bedeutet, ist offensichtlich. Ein solcher Aufbruch 2030 wäre eine überzeugende, logische Fortführung der Reformationsdekade. Er ginge über die teilweise durchaus inspirierenden Feierlichkeiten hinaus und könnte die Kirche, die sich selbst als in ständigem Wandel befindlich versteht, in überzeugender Weise als mitverantwortliche, gestaltende gesellschaftliche Kraft erkennbar machen. Damit würde sie

Glaube als visionäre Kraftquelle

Theologie und Kirche könnten einladen zu einem Verständigungsprozess über Schlüsselnarrative, die den Zugang zu einer Kultur der Nachhaltigkeit erleichtern. Es muss erprobt werden, ob und welche Bilder und Narrative in der Kirche und im Leben von Christinnen und Christen neue, hoffnungsvolle Perspektiven bieten können für die Überwindung bisheriger Prägungen und gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Pfadabhängigkeiten. Kann Kirche, die ja sehr stark in das bestehende Wirtschaftssystem und in gesellschaftliche und politische Strukturen verwoben ist, zur gesellschaftlichen Wirksamkeit neuer Narrative beitragen? Kann und will sie ihre eigene Abhängigkeit

Lobbyarbeit mal anders: Der Beitrag der Kirchen für eine menschengemäße Wirtschaft

Es gehört zu den erstaunlichen Phänomenen des menschlichen Lebens, dass wir das, was uns wirklich gut tut, oft gar nicht mehr bemerken. Es ist so selbstverständlich geworden wie dem Brillenträger die Brille, nach der er sucht, und die er doch schon auf der Nase trägt. Wir sagen, wir wollen „uns mal etwas Gutes tun“, und meinen damit etwas, das in unserem Alltag für gewöhnlich nicht vorkommt. Dabei kann dieses Außergewöhnliche seine Wohltat nur dadurch entfalten, dass es sich dem Alltag einfügt und auf ihm aufbaut.



von: Pfarrer Dr. Ralf Stroh, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik
 ↪ r.stroh@zgv.info

Auch für Gesellschaften gilt, dass sie nur zu leicht übersehen, welche alltäglichen und unscheinbaren Güter es sind, auf denen ihr Wohlstand, ihr Wohlbefinden beruht. Und wie für den einzelnen Menschen, so gilt auch für Gesellschaften, dass sie dann am besten aufblühen, wenn man die Eigenschaften an ihnen stärkt, die sie schon besitzen, und erst dann danach fragt, was ihnen noch fehlt. Verfährt man anders, riskiert man sogar das zu verlieren, was schon gut ist und gelingt. Vor dem Herumdoktern braucht es also eine gründliche Anamnese, eine „Erinnerung“ (griechisch „anamnesis“) daran, wie wir zu dem geworden sind, als der wir uns heute vorfinden – als Einzelner wie als Gesellschaft.

Auch die Grundlage gesellschaftlicher Lobbyarbeit ist daher nicht das Ausstellen von Rezepten, was man zu tun oder zu lassen habe, sondern die geduldige Beschreibung der gegenwärtigen Verfassung der Gesellschaft und ihres Gewordenseins. Den Interessen des Menschen kann man nur dadurch gerecht werden, dass man erfasst, wie er wirklich ist – und das ist eben nicht die Beschreibung eines Zustandes, sondern das Erfassen seiner Geschichte.

Für gewöhnlich jedoch sieht gesellschaftliches Engagement, Lobbyarbeit im

Dienste eines bestimmten Interesses anders aus. Unterschiedliche Vorschläge, was im Einzelnen zu tun oder zu lassen ist, konkurrieren darum, bei den verantwortlichen Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft Gehör zu finden, ohne dass erkennbar wäre, wie diese einzelnen Entscheidungen sich auf das Ganze des menschlichen Lebens – des Einzelnen wie der gesamten Gesellschaft – auswirken. In den meisten Fällen wird diese Erkenntnislücke dadurch überspielt, dass behauptet wird, der einzelne gerade in Rede stehende Entscheidungsbereich sei sowieso schon selbst das Ganze, jenseits dessen keine weiter relevanten Lebensbereiche im Blick zu behalten seien.

Damit reduziert sich die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung in der öffentlichen Wahrnehmung auf die Gestaltung von und Einflussnahme auf Entscheidungsprozesse, neben denen irgendwelche Klärungsprozesse gar nicht mehr von Bedeutung sind. Gesellschaftliche Verantwortung übernimmt scheinbar nur, wer Entscheidungen trifft oder beeinflusst, nicht aber, wer zu Klärungen beiträgt.

Auch die Kirchen stehen unter dem Druck dieser öffentlichen Erwartungshaltung, dass der Maßstab gesellschaftlicher Relevanz derzeit offenbar einzig die direkte

oder zumindest indirekte Einflussnahme auf gesellschaftliche Entscheidungsprozesse ist. Ihre gesellschaftliche Relevanz hängt in der medialen Wahrnehmung davon ab, wie wirkmächtig ihre öffentlichen Stellungnahmen oder ihre Teilnahme an „Runden Tischen“ für politische Weichenstellungen werden. Für die evangelische Seite wird dabei in dieser Hinsicht als Ursache schwindender gesellschaftlicher Relevanz zumeist darauf hingewiesen, dass es dem Protestantismus kaum je gelänge, mit einer Stimme zu sprechen, und er sich folglich gesellschaftlich und politisch selbst marginalisiere – und zwar mehr als jede Religionskritik das jemals vermöchte.

Entscheidungen setzen Klärungsprozesse voraus

Ist also alles bereits verloren und keine Aussicht auf eine Wiederbesinnung auf die Notwendigkeit gesellschaftlicher Klärungsprozesse? Ist ganz Gallien von den Römern der Entscheidungslogik besetzt? Nein! Einige kleine „Dörfer“ bzw. Netzwerke hören nicht auf, sich der „Unter-



drückung“ und Marginalisierung gesellschaftlicher Klärungsprozesse zu wider- setzen, und leisten tapfer Widerstand – und an manchen davon ist das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN beteiligt.

Zu diesen Orten gesellschaftlichen Engagements der etwas anderen Art gehören unter anderem der Ökumenische Prozess „Umkehr zum Leben“ (s. S. 5) mit seinem Einsatz für eine gesellschaftliche Kultur der Nachhaltigkeit, die Allianzen für den freien Sonntag in Hessen, Rheinland-Pfalz und auf Bundesebene sowie die Initiative Finanzplatz Frankfurt am Main. Alle diese Netzwerke verdanken ihr Entstehen dem Wunsch nach Einflussnahme auf gesellschaftliche Entwicklungen, die als problematisch und dem gesellschaftlichen Wohl abträglich eingeschätzt werden. Und alle diese Netzwerke standen und stehen noch unter dem Eindruck, dass solche Einflussnahme sich notwendigerweise auch der üblichen Kanäle politischer Einflussnahme bedienen muss, um wirkmächtig werden zu können. Besonders evident ist dies für die Allianzen für den freien Sonntag, die genau seit

dem Moment als ernstzunehmender gesellschaftlicher Gesprächspartner wahrgenommen werden, in dem juristische Instrumente höchst öffentlichkeitswirksam zum Schutz des Sonntags eingesetzt wurden.

Zugleich ist in allen diesen Netzwerken aber auch das Bewusstsein entstanden, dass die von ihnen in den Blick genommenen Lebensbereiche nicht mit politischen und rechtlichen Mitteln allein verantwortlich gestaltet werden können. Es reicht nicht aus, politisch die richtigen Entscheidungen zu treffen. Die politischen Entscheidungen müssen getragen und eingebettet sein in einen gesamtgesellschaftlichen Klärungsprozess. Dazu bedarf es einer neuen „Kultur“ des Umgangs mit den uns zur Verfügung stehenden natürlichen Ressourcen, mit der uns geschenkten Lebenszeit und mit der Art, wie wir unsere Finanzwirtschaft organisieren.

Kultur umfassend verstehen

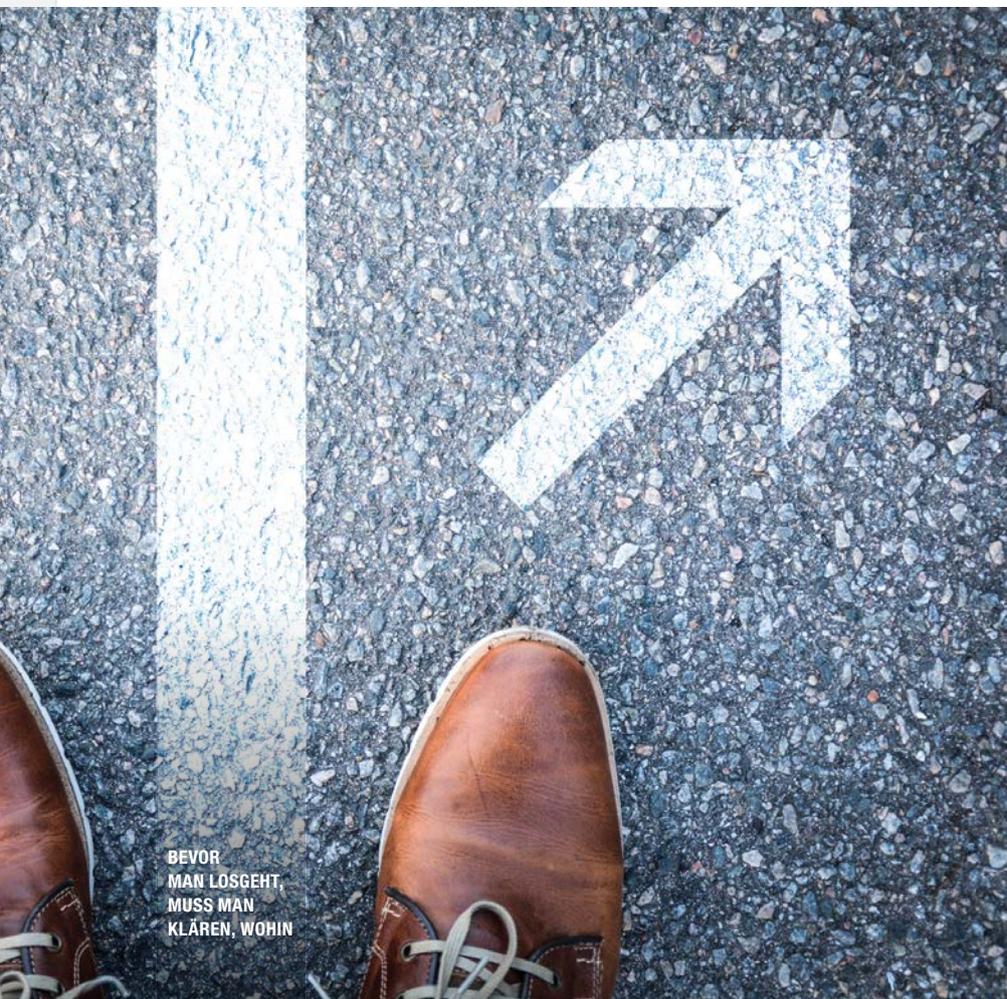
Dass die hier nötige „neue“ Kultur nicht lediglich die Ersetzung der einen Spielart finanzwissenschaftlicher Theoriebildung

durch eine andere meint, sondern der Ausdruck „Kultur“ tatsächlich in seinem umfassenden Sinne zu verstehen ist, wird im Falle der Initiative Finanzplatz Frankfurt am Main (IFIF) dadurch höchst anschaulich hervorgehoben, dass zu ihren Gründern – neben dem Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN, Attac Frankfurt, dieDatenschützer Rhein Main, dem Netzwerk Fair Finance Network und der Neuen Geldordnung – das Theater Willy Praml gehört. Dass der Finanzplatz Frankfurt am Main in seiner die Gesellschaft mitgestaltenden Praxis den Menschen, so wie er wirklich ist, nicht aus dem Blick verliert, hat nämlich auch damit zu tun, ob es in Frankfurt eine Theaterlandschaft gibt, in der der Mensch mit all seinen Höhen und Tiefen auf der Bühne erlebt werden kann und die Besucher dieses Schauspiels dazu ermutigt, ihr eigenes Selbstverständnis in Auseinandersetzung mit dem so Erlebten zu vertiefen. Wo eine solche Vertiefung nicht stattfindet, kann sie bei den finanzwirtschaftlichen Entscheidungen auch nicht einfließen – und das leitende Menschenbild bleibt der homo oeconomicus.

Theologie als Erfahrungswissenschaft

In gleicher Weise ist der Beitrag der evangelischen Kirche in dieser Initiative nicht lediglich eine weitere wirtschaftsethische Expertise, sondern zuvor und zuerst der Hinweis auf die unauslotbare Fülle an Lebenserfahrungen, die in einer jeden Kirchengemeinde zur Verfügung stehen. Theologische Expertise besteht nicht darin, aus Büchern Handlungsanweisungen abzuleiten, sondern darin, die Lebenserfahrungen der Gläubigen in all ihrer Angefochtenheit wie all ihrer Hoffnung so zur Sprache zu bringen, dass daraus ein konkretes und unverkürztes Verständnis des Menschen, wie er wirklich ist, entstehen kann. Theologie ist keine Schreibwissenschaft, sondern eine Erfahrungswissenschaft.

In diesem Sinne sind die Kirchen Lobbyisten der unverkürzten Erfahrungswirklichkeit des Menschen. Das ist die Quelle ihrer gesellschaftlichen Relevanz und die orientierende Größe für ihre Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung – auch und gerade im Blick auf ein menschengemäßes Wirtschaftssystem. ■



BEVOR
MAN LOSGEHT,
MUSS MAN
KLÄREN, WOHN

Mehr als „Stopp TTIP und CETA“: Die Debatte um eine zukunfts- fähige Wirtschafts- und Handelspolitik geht weiter

Die intensive, öffentliche Auseinandersetzung der europäischen Zivilgesellschaft mit den transatlantischen Handelsabkommen kam im Herbst 2016 zumindest vorübergehend zu einem Ende. Die Verhandlungen zwischen der EU und den USA zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantik Trade and Investment Partnership, TTIP) waren während des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes für unbestimmte Zeit ausgesetzt worden. Das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA) zwischen der EU und Kanada wurde am 30. Oktober 2016 unterschrieben. Am 21. September 2017 trat das CETA vor-

läufig in Kraft. Damit dieses Handelsabkommen endgültig und vollständig in Kraft treten kann, müssen die zuständigen Gremien in allen Mitgliedsländern der EU zustimmen.



von: Dr. Brigitte Bertelmann, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik
 ➔ b.bertelmann@zgv.info

Längst standen bei den Auseinandersetzungen nicht mehr der Marktzu- gang für einzelne Produkte (amerikanische „Chlorhühnchen“ für Europa oder europäischer Rohmilchkäse für die USA) im Fokus, sondern zunehmend die Frage, welches Menschenbild und welches Leitbild für die globale Wirtschaft und deren verantwortliche Gestaltung bei den Verhandlungen zugrunde gelegt wurden. Es ging im Kern darum, wie wirtschaftliches Handeln und wie der globale Handel gerecht und unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern, von kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch von weniger wettbewerbsstarken Ländern geregelt werden kann. Es ging darum, wie die Beteiligung der Zivilgesellschaft, wie die politische Gestaltungsmöglichkeit demokratisch legitimierter Parlamente und parlamentarisch kontrollierter Regierungen, wie regionale und globale Gemein-

güter davor geschützt werden könnten, durch das Primat des Handelsrechts und des Investorenschutzes ausgehöhlt oder grundlegend beschädigt zu werden.

Bündnis Gerechter Welthandel

Dass diese Fragen in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte gestellt werden, dafür treten Kirchen und ihre Verbände (z. B. Brot für die Welt) sowie der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) schon lange ein. Im März 2017 trafen sich über 100 Vertreterinnen und Vertreter der NGO und Organisationen, die im Wesentlichen die kritische Auseinandersetzung mit und den Protest gegen die transatlantischen Handelsabkommen getragen bzw. organisiert hatten, zur 2. CETA/TTIP-Strategie- und Aktionskonferenz 2017 in der Universität Kassel. Auch Vertreterinnen und Vertreter der EKD sowie verschiedener

Evangelischer Landeskirchen und kirchlicher Einrichtungen nahmen teil. Ziel dieses Treffens war es, neben dem Erfahrungsaustausch über die zurückliegenden Aktivitäten vor allem eine Verständigung über die weitere inhaltliche Zusammenarbeit zu der Frage, wie globale Wirtschafts- und Handelsbeziehungen gerecht zu gestalten sind. Die Abschluss- erklärung der Konferenz wurde die Grundlage für das Positionspapier des Netzwerks Gerechter Welthandel, das sich Ende April 2017 bildete (siehe: www.gerechter-welthandel.org/ueber-uns).

Das „Netzwerk für einen gerechten Welthandel“ versteht sich als Teil einer internationalen Bewegung und tritt ein für eine Handels- und Investitionspolitik, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert.

Herausforderung Politikkohärenz

Wie hoch die Hürden für die praktische Umsetzung dieser Forderungen sind, wurde im November im Rahmen des EU-Afrika-Gipfels wieder deutlich. In einem im Vorfeld des Gipfels bekannt gewordenen Erklärungsentwurf war die Notwendigkeit einer stärkeren Koordination von Handelspolitik mit Außen- und Entwicklungspolitik betont worden. Der Grundsatz der Politikkohärenz sollte, im Einklang mit der von der EU-Kommission im Rahmen ihrer Strategie „Handel für alle“ (2015), im Interesse der Entwicklung vollständig in die Handelsbeziehungen der EU mit Afrika integriert werden. Dies würde auch die verbindliche Aufnahme durchsetzbarer Klauseln zur Förderung des Handels und der nachhaltigen Entwicklung in alle Handelsabkommen der EU mit den afrikanischen Ländern bedeuten. Zu konkreten Vereinbarungen kam es leider nicht. Erhoffte und dringend notwendige, positive Perspektiven für Menschen, die keine Lebensgrundlage in ihren afrikanischen Herkunftsländern mehr sehen, durch Investitionen in Infrastruktur, nachhaltige Bildungskonzepte und die Förderung von Stabilität und Rechtsstaatlichkeit blieben weit hinter den Erwartungen zurück. Zudem weisen die Expertinnen und Experten europäischer Entwicklungsorganisationen auf Gefahren hin, die mit der Neuausrichtung

der europäischen Entwicklungspolitik verbunden sind. Diese werden vor allem darin gesehen, dass verstärkt auf private Investitionen zur Förderung von Wachstum und nachhaltiger Entwicklung gesetzt wird. Trotz eines begleitenden Monitorings in Bezug auf die Beachtung von Umweltstandards und die Wahrung von Menschenrechten und des grundsätzlichen Bekenntnisses zu einer wertebasierten Handelspolitik bleiben berechnete Zweifel. Für die Einhaltung hoher sozialer und Umweltstandards, für den Schutz von Menschenrechten gibt es kaum dem Investitionsschutz gleichgestellte verbindliche und durchsetzbare Regelungen, sondern allenfalls auf Freiwilligkeit beruhende, eher weich formulierte Vereinbarungen.

Handel und Handelsliberalisierungen sind kein Wert an sich

Grundlage der europäischen Wirtschafts- und Handelspolitik bleibt die These, dass Handel und Investitionen zu Wachstum und Arbeitsplätzen führen und dies allen zugutekommt. Wer konkret davon profitiert und wer verliert, wie die Erträge und die durchaus auch eingeräumten, wettbewerbsbedingten Verluste und Belastungen verteilt sind, wird mit dem Verweis auf die Möglichkeit, individuelle Belastungen in gewissem Umfang abzufedern, in

die regionale Zuständigkeit der betroffenen Länder geschoben.

Mitglieder des TTIP-Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums forderten Anfang November in einem gemeinsamen Papier von einer neuen Bundesregierung ein Umsteuern in der internationalen Handelspolitik. Sie stellten fest: „Handel und Handelsliberalisierungen sind kein Wert an sich, sie müssen den Menschen und ihren Lebensbedingungen dienen.“ Die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips könne auch in Bezug auf Handelsliberalisierung herangezogen werden, indem Handel nur noch dort gefördert werde, wo er tatsächlich zu einer besseren Versorgung führt als der regionale Handel. Handelspolitik müsse zur Entwicklung einer nachhaltigen Weltwirtschaftsordnung beitragen – und nicht umgekehrt. Wer immer auch die neue Regierung bilden wird, müsse die Ausrichtung des bestehenden Wirtschafts- und Handelssystems überdenken.

Die Debatte um eine Neujustierung des Investitionsschutzes muss dem Anspruch auf Schutz von privaten Investitionen eine Regelung für verbindliche und durchsetzbare, sanktionsbewährte Verpflichtungen von Investoren gegenüberstellen. Dies könnte z. B. auf Grundlage der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Men-

schenrechte geschehen. Die Verletzung von Arbeitnehmer- und Verbraucherrechten sowie von Umwelt- und Klimaschutzstandards muss dem gleichen Streitbeilegungsmechanismus unterliegen wie der Investitionsschutz.

In den Investitionsschutzabkommen der EU muss klargestellt werden, dass Regulierungen, die zur Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und der Pariser Klimaschutzziele erforderlich sind, nicht zu Schadensersatzforderungen führen können, da sie erwartbar sind und von Investorinnen und Investoren einkalkuliert werden können.

Schließlich muss auch darüber diskutiert werden, wie eine gerechte Handelspolitik im Rahmen einer Kultur der Nachhaltigkeit weiterentwickelt werden kann und damit eingebunden werden kann in den anstehenden Transformationsprozess zum Klimaschutz und dem Schutz der planetarischen Grenzen.

An diesen Debatten beteiligt sich das ZGV z. B. im Rahmen des Netzwerks für gerechten Handel in Rheinland-Pfalz wie auch durch die aktive Mitgestaltung von Veranstaltungen evangelischer Akademien zu den genannten Themen, wie sie im Juli 2017 in der Evangelischen Akademie Bad Boll stattfand bzw. für Februar 2018 in der Evangelischen Akademie Frankfurt geplant ist. ■



„HANDEL UND HANDESLIBERALISIERUNGEN SIND KEIN WERT AN SICH, SIE MÜSSEN DEN MENSCHEN UND IHREN LEBENSBEDINGUNGEN DIENEN.“

Work-Life-Balance: Nur mit der europäischen Ebene wird das Bild vollständig

Die Europäische Union (EU) erscheint vielen Bürgerinnen und Bürgern weit weg – doch viele Regelungen, die auf der europäischen Ebene getroffen werden, haben konkrete Auswirkungen auf unser Zusammenleben. Daher lohnt es sich – und ist oft auch notwendig –, sich mit Europapolitik zu beschäftigen.

Am Themenkomplex Work-Life-Balance wird anschaulich, wie wichtig es ist, Entwicklungen auf der europäischen Ebene zu beobachten und in Überlegungen miteinzubeziehen. Ohne sie ist das Bild unvollständig.



von: Dr. Julia Dinkel, Referat Arbeit & Soziales
➔ j.dinkel@zgv.info

Die Arbeitszeit und die Arbeitszeit betreffende Regelungen wie zum Beispiel die Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit, wöchentliche Ruhezeiten, Regelungen zum Jahresurlaub, aber auch Elternzeit oder die Möglichkeit zum mobilen Arbeiten sind seit Jahren Gegenstand vieler politischer, wirtschaftlicher und sozialer Diskussionen. Schließlich ist die Arbeitszeit ein zentrales Element, wenn es um die Art und Weise geht, wie Gesellschaften sich organisieren. Denn die Gestaltung der Arbeitszeit hat Einfluss darauf, wie Arbeits- und Privatleben in Einklang gebracht werden können (Work-Life-Balance). Sind Regelungen zu starr und unflexibel, stehen Menschen, die sich um Kinder, ältere oder behinderte Familienmitglieder kümmern, vor einem Problem. Gibt es keine kollektiven freien Tage aufgrund von unterschiedlichen Arbeitszeiten mehr, dann leidet der gesellschaftliche Zusammenhalt. Daher es ist wichtig, bei der gesetzlichen Gestaltung der Arbeitszeit genau hinzusehen.

Die gesetzliche Gestaltung der Arbeitszeit erfolgt grundsätzlich sowohl auf europäischer, nationaler als auch regionaler Ebene. Gerade auf der europäischen

Ebene finden momentan viele spannende Diskussionen im Themenkomplex Work-Life-Balance statt. In der Europäischen Säule Sozialer Rechte, die im November 2017 von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) verabschiedet worden ist, ist der Themenkomplex Work-Life-Balance beispielsweise einer von 20 Schwerpunkten. Aber auch beim Thema Sonntagsschutz steht auf europäischer Ebene die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Mittelpunkt der Bemühungen der Europäischen Sonntagsallianz. Anhand dieser beiden Beispiele lässt sich anschaulich erklären, wie wichtig die europäische Ebene für ein vollständiges Bild im Themenkomplex Work-Life-Balance ist.

Work-Life-Balance in der Europäischen Säule Sozialer Rechte

Die soziale Dimension innerhalb der Europäischen Union muss gestärkt werden, dessen ist sich mittlerweile auch die Europäische Kommission bewusst und hat daher unter Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Stärkung der sozialen Dimension zu einem Schwer-

punkthema gemacht. Die Europäische Säule Sozialer Rechte ist als ein zentraler Aspekt der Stärkung der sozialen Dimension anzusehen.

Innerhalb der Europäischen Säule Sozialer Rechte spielt die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben eine Rolle. Neu an der Europäischen Säule Sozialer Rechte ist, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur für Eltern, sondern auch für Menschen gilt, die sich um ältere oder behinderte Familienmitglieder kümmern. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Betreuungs- und Pflegepflichten haben daher einen Anspruch auf den Zugang zu Betreuungs- und Pflegediensten. Außerdem stehen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Recht auf angemessene Freistellungs- und flexible Arbeitszeitregelungen zu; hierzu gehören z. B. der Umstieg zwischen Voll- und Teilzeit oder Vereinbarungen zum mobilen Arbeiten. Bisher galt dieses Recht nur, wenn eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer nach einer Elternzeit wieder in den Beruf eingestiegen ist. Um die Verbindlichkeit dieser Regelungen zu stärken, wird die Europäische Säule Sozialer Rechte von einer Reihe von Gesetzesinitiativen begleitet.

Auch wenn an der rechtlichen Verbindlichkeit und Umsetzung für eine bessere Work-Life-Balance noch gearbeitet werden muss, es bleibt positiv festzuhalten, dass sich auf europäischer Ebene etwas tut in Sachen Work-Life-Balance, und das ist eine gute Nachricht für alle Menschen mit Betreuungs- und Pflegepflichten. Im Rahmen des Europaausschusses des Kirchlichen Dienstes in der Arbeits-





Psychologin Monika Brinkmann-Kramp im Gespräch mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern der After-Work-Gespräche

welt (KDA) und der europäischen Netzwerktreffen arbeiten wir stetig daran, dass beim Themenkomplex Work-Life-Balance weitere Fortschritte erzielt werden und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich wird.

Sonntagsschutz auf der europäischen Ebene

Die Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Privatleben sowie der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft sind ebenfalls zentrale Themen der Europäischen Sonntagsallianz. Seit 2011 setzen sich Kirchen, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft für einen arbeitsfreien Sonntag und angemessene Arbeitszeiten innerhalb der Europäischen Union (EU) ein. Seit ihrer Gründung setzt sich das europaweite Netzwerk u. a. für eine Überarbeitung der Arbeits-

zeitrichtlinie (2003/88/EG) ein. Bei der letzten Überarbeitung dieser Richtlinie im Jahr 2003 wurde der Schutz des arbeitsfreien Sonntags aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs geschwächt. So wurde der Zusatz, dass der wöchentliche Ruhetag „grundsätzlich den Sonntag einschließt“, gestrichen. Demnach steht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern laut der aktuellen Arbeitsschutzrichtlinie ein Ruhetag in der Woche zu, dies muss jedoch nicht der Sonntag sein. Doch wie sollen Arbeit, Familie und Privatleben vereinbar sein, wenn die Kinder an Sonntagen zu Hause sind, jedoch ein oder beide Elternteile am Sonntag arbeiten müssen? An einem freien Tag unter der Woche können Eltern die Familienzeit des Sonntags nicht nachholen. Auch eine Teilnahme am kulturellen, sportlichen, sozialen und religiösen Leben wird erschwert, wenn es keinen kollektiv freien Tag gibt. Aus diesen Gründen setzen auch wir uns für den Schutz des Sonntags auf der europäischen Ebene ein.

Wie wichtig es ist, die Entwicklung des Sonntagsschutzes auch auf der europäischen Ebene zu beobachten, zeigt auch das Beispiel Griechenland. In der Absichtserklärung (Memorandum of Understanding), welche die Europäische Kommission und Griechenland zur Entschuldung Griechenlands abschlossen, verpflichtet sich Griechenland, den Handel am Sonntag zu liberalisieren, obwohl Kirche, Gewerkschaften und Verbände dagegen waren. Entwicklungen dieser Art sind ein Indikator für den Stellenwert,

den ein freier Sonntag aktuell innerhalb der Europäischen Kommission hat. Auch hier gilt es, auf der europäischen Ebene Entwicklungen entgegenzusteuern, an deren Ende eine weitere Liberalisierung des Sonntags steht.

After-Work-Gespräche

Auch die After-Work-Gespräche 2017, die das Referat Arbeit und Soziales jährlich zusammen mit dem DGB Rheinland-Pfalz/Saarland und dem Referat Berufs- und Arbeitswelt im Bistum Mainz veranstaltet, hatten den Themenkomplex „Work-Life-Balance“ zum Inhalt. Unter der Überschrift „Entspannt in den Feierabend – Geht das noch?“ informierten und diskutierten Interessierte an drei Abenden über Umbrüche und Druck in der Arbeitswelt sowie über Möglichkeiten, Arbeitszeiten flexibel an die Lebensumstände von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anzupassen. Das Interesse an dem Themenkomplex „Work-Life-Balance“ ist in seiner regionalen, nationalen und europäischen Dimension ungebrochen hoch. Das zeigen auch die hohen Teilnehmerzahlen an den After-Work-Gesprächen.

Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung stellt sich der Aufgabe, die Debatte um Arbeitszeiten und einer guten Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben auf allen Ebenen der Politik zu begleiten, um so zu guten Ergebnissen im Sinne von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beizutragen. ■



„Man könnte meinen, man hat plötzlich die Lepra.“¹ Chancen auf Teilhabe auch für Langzeitarbeitslose!

Aktuelle Lage:

Im Oktober 2017 haben 44,65 Millionen Menschen in Deutschland einen Arbeitsplatz und die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt weiterhin an. Gleichzeitig hat sich die Arbeitslosigkeit seit 2005 halbiert. Knapp 2,39 Millionen Arbeitslose verzeichnet die Statistik der Bundesagentur für Arbeit im gleichen Monat. In manchen Regionen Deutschlands spricht man bereits von Vollbeschäftigung.

Diese Zahlen könnte man als Erfolgsgeschichte lesen. Doch die 2,39 Millionen Arbeitslosen zeichnen nicht das ganze Bild an Armut und Unterbeschäftigung in Deutschland. Schaut man genauer hin, sieht man, dass mit mehr als 7 Millionen Personen fast dreimal so viele Menschen, darunter mehr als zwei Millionen Kinder und Jugendliche, von Arbeitslosengeld oder Hartz-IV-Leistungen leben müssen. Denn nicht alle, die staatliche Unterstützung benötigen, gelten auch als arbeitslos im Sinne der Statistik.²



von: Marion Schick, Referat Arbeit & Soziales
➔ m.schick@zgv.info

Langzeit-Leistungsbezug als besondere Herausforderung

Dauerhafte Abhängigkeit von Hartz-IV-Leistungen wird immer mehr zum Problem. Menschen, die es aufgrund gesundheitlicher Probleme, höheren Alters, fehlender Qualifikationen und Berufsausbildung oder mangelnder Deutschkenntnissen schwer haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, verharren lange im Leistungsbezug. Im Bereich der Hartz-IV-Empfänger ist die Dauer der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren gestiegen. Mehr als ein Drittel leben schon länger als vier Jahre und mehr als die Hälfte länger als zwei Jahre im Grundversicherungssystem.

In Hessen beziehen im Juni 2017 37,7 Prozent der Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger vier Jahre oder länger Hartz-IV-Leistungen, in Rheinland-Pfalz liegt der Anteil mit 33,3 Prozent leicht darunter.

Politik sollte sich ehrlich machen

Langzeiterwerbslose oder langzeitleistungsbeziehende Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger sind eine heterogene Gruppe mit sehr unterschiedlichen Lebenssituationen. Für sie sind zielge-

richtete, individuelle Angebote zur Integration in den Arbeitsmarkt und zur Förderung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben notwendig.

Genau hier werden die kirchlich-diakonischen Beratungs-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften mit ihren Angeboten aktiv. Leider ist deren finanzielle Grundlage nach wie vor nicht ausrei-

chend gesichert. Drastische Kürzungen der Eingliederungsmittel des SGB II sowie zunehmende Umverteilung von Mitteln zugunsten des Verwaltungshaushaltes der Jobcenter haben die Situation destabilisiert.

Um dies zu ändern wären zwei politische Einsichten notwendig:



1. Die Tatsache, dass es trotz brummen- der Konjunktur, steigenden Beschäfti- gungszahlen und Fachkräftemangel unter den aktuellen Arbeitsmarkt- bedingungen nicht genug existenz- sichernde Arbeit für alle gibt.

2. Die Tatsache, dass es eine sich ver- festigende Anzahl von Menschen gibt, die sehr lange im Leistungsbezug ver- bleiben und für die es mindestens mit- telfristig, wenn nicht langfristig kein Arbeitsplatzangebot seitens der Wirt- schaft mehr geben wird.

Finanzielle Spielräume nutzen, um jetzt zu handeln

Laut Bundesanstalt für Arbeit (BA) stehen 2018 Einnahmen von 39 Milliarden Euro geplanten Ausgaben von 36,4 Milliarden gegenüber. Der Haushaltsplan sieht dank guter Arbeitsmarkt- und Konjunkturaus- sichten einen Überschuss von 2,5 Milliar- den Euro vor.

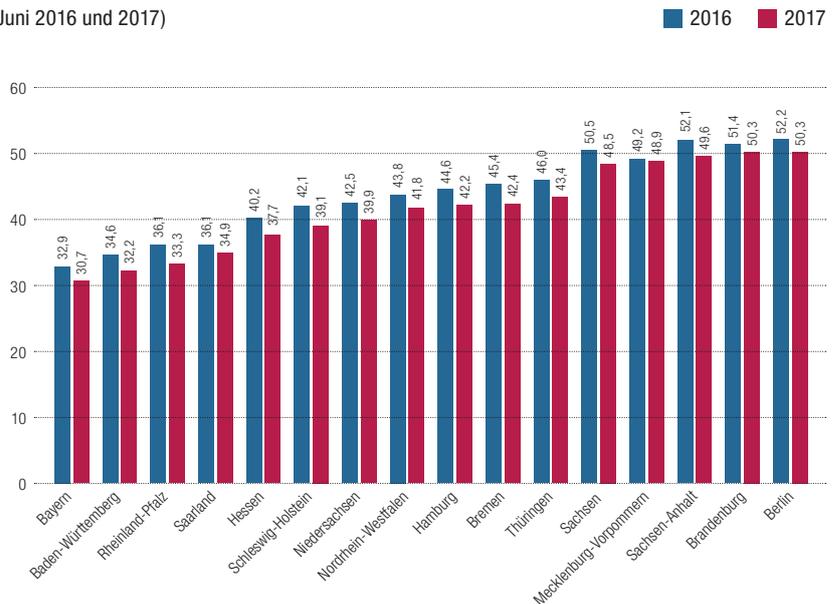
Für die gesamte aktive Arbeitsmarkt- förderung sind 9,8 Milliarden Euro vorge- sehen, ungefähr so viel wie 2017.

Der Ev. Fachverband für Arbeit und soziale Integration (EFAS) kritisiert die Ab- sicht der BA den Überschuss von 2,5 Mil- liarden auf die hohe Kante zu legen als ein „echtes Armutszeugnis“. Er fordert, statt den Überschuss zu sparen, diesen zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit zu verwenden und die Mittel in den Aus- bau der Angebotsstruktur zu investieren. Um eine auskömmliche Arbeitsmarkt- politik zu finanzieren, müsste nach Ein- schätzung von EFAS der Eingliederungs- titel jährlich um rund 4 bis 5 Milliarden aufgestockt werden.³

Angesichts des gewaltigen Strukturwan- dels des Arbeitsmarktes (Arbeiten 4.0) reicht es nicht aus, nur die Arbeitnehme- rinnen und Arbeitnehmer im Blick zu ha- ben, deren Berufe sich verändern oder wegfallen. Auch für Menschen, die be- reits längere Zeit arbeitslos sind, müssen Antworten und Perspektiven entwickelt werden. An Vorschlägen und Forderun- gen, auch vonseiten der Kirchen und der Diakonie, wie eine bessere Sozial- und Arbeitsmarktpolitik für die besonders benachteiligten Menschen auf dem Ar- beitsmarkt aussehen könnte, mangelt es nicht. Das Netzwerk für Arbeit und sozi-

Bundesländervergleich: Hartz-IV-Empfänger mit Bezugsduaer von vier Jahren oder länger in Prozent

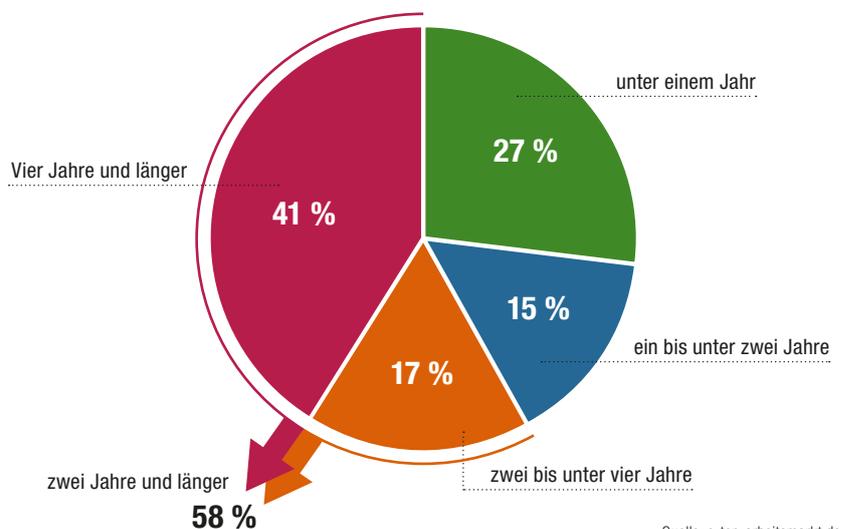
(Juni 2016 und 2017)



Quelle: o-ton-arbeitsmarkt.de

Regelleistungsberechtigte: 6,119 Millionen

Verweildauer im SGB II (Juni 2017, gerundet)



Quelle: o-ton-arbeitsmarkt.de

ale Teilhabe, ein loser Verbund von über 300 arbeitsmarktlichen Dienstleistern aus den alten und neuen Bundesländern, fordert im August 2017⁴ unter anderem:

- Schluss mit den Umverteilungen zu- gunsten des Verwaltungshaushaltes der Jobcenter (Umverteilung 2016: 764 Mio. Euro / 2011: 245 Mio. Euro).
- Flächendeckende sozialversicherungs- pflichtige Arbeit für deutlich mehr Langzeitarbeitslose.

- Förderung von marktnahen, sozialbe- trieblichen Tätigkeitsbereichen.
- Akzeptanz von unbefristeten Förder- ansätzen.

Um alle mitzunehmen, müsste die Ziel- setzung des SGB II (Sozialgesetzbuch II, Hartz IV) neben dem Ziel der Einglie- derung in Arbeit um das Ziel der Sozialen Teilhabe erweitert werden. Ein Impuls- papier, das unter Mitarbeit der hessi- schen Diakonie entstanden ist, schlägt

beispielsweise vor, „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ als kommunale Aufgabe im SGB II zu verankern und ein neues Instrument der „Teilhabebegelegenheiten“ zu schaffen. Das ZGV unterstützt diese Forderungen ausdrücklich.

Langzeiterwerbslose wenden sich immer mehr von der Politik ab

Untersuchungen belegen, dass ärmere und langzeitarbeitslose Menschen seltener wählen. „Je prekärer die Lebensverhältnisse in einem Stadtviertel oder Stimmbezirk, desto geringer ist die Wahlbeteiligung. [...] Unsere Wahlergebnisse sind, gemessen an der Sozialstruktur der Wählerschaft, nicht mehr repräsentativ“, so eine Studie der Bertelsmann Stiftung zur Bundestagswahl 2013.⁵

Das Vertrauen in die Politik nimmt immer mehr ab. Das zeigen auch die Aussagen der Befragten in der Studie „Gib mir was, was ich wählen kann“ von 2017.⁶ Folgende Grundbefindlichkeiten der befrag-

ten langzeitarbeitslosen Nichtwähler werden festgestellt:

- Angst vor dem Abbau von sozialen Sicherungen,
- Gefühl massiver sozialer Ungerechtigkeit,
- Ausgeliefertsein an die bürokratische Willkür,
- Gefühl, Bürger 2. Klasse zu sein,
- Radikaler Vertrauensverlust in die gesellschaftlichen Institutionen.

Ein Gespräch mit Frau S. (Mitte 40, alleinerziehend, Ausbildung zur Rinderzüchterin, ehemals Arbeit als Landschaftsgärtnerin und in der Gastronomie) lässt die geschilderten Fakten lebendig werden:

„Man möchte arbeiten, man kriegt keine Arbeit, und wenn man Arbeit hat, dann muss man arbeiten bis zum Umfallen ... Aber wie es im wahren Leben aussieht ... Die Politiker haben doch überhaupt gar keine Ahnung, wie das ist. Die kriegen ihr Bonzengehalt, unsereiner geht für 1,40

Euro arbeiten, damit man was zu tun hat, weil man nicht zu Hause sitzen möchte. Weil man sonst nur depressiv wird, man möchte arbeiten, aber man wird abgelehnt. Ja was soll man dazu noch sagen, also ... ich glaube einfach nicht mehr an die Politik und ich habe auch keine Hoffnung mehr an der Politik ...“ (S. 176/177)

Das ZGV betrachtet diese Entwicklung mit Sorge.

Zeit für Begegnung von Mensch zu Mensch

Deshalb lud das ZGV am 15. August 2017 zum ersten Mal Erwerbslose, Mitarbeitende in Erwerbsloseninitiativen und Sozialpolitikerinnen und -politiker gemeinsam zu einem Sommerfest ein und eröffnete Raum für Begegnungen, für die sich so sonst kaum Gelegenheiten ergeben.

Mehr als 120 Menschen genossen die entspannt-festliche Atmosphäre im ZGV und kamen nach ein paar kurzweiligen Theaterszenen von Schauspielerinnen und Schauspielern der Arbeitsloseninitiative im Lahn-Dill-Kreis (WAL) schnell miteinander ins Gespräch. Solche Gespräche, in denen es vor allem um das persönliche Kennenlernen und Verstehen geht, sollten unbedingt fortgesetzt werden und an vielen verschiedenen Orten stattfinden. ■



Schauspielerinnen und Schauspieler der Arbeitsloseninitiative im Lahn-Dill-Kreis nehmen den Applaus der Gäste des ersten Erwerbslosenempfangs entgegen

1 „Gib mir was, was ich wählen kann.“ – Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/innen, Köln: Halem, 2017, Hrsg. Denkfabrik-Forum für Menschen am Rande, Sozialunternehmen Neue Arbeit gGmbH Stuttgart, S. 234
 2 Nicht mitgezählt werden z.B. Teilnehmer*innen an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme oder Menschen über 58 Jahre. www.o-ton-arbeitsmarkt.de
 3 EFAS Informationsdienst Nr. 8, Nov./Dez. 2017
 4 Positionspapier „Chancen auf Teilhabe für Langzeitarbeitslose“, Netzwerk für Arbeit und soziale Teilhabe, August 2017
 5 Schäfer, Armin; Verhkamp, Robert; Gagne, Jeremie Felix: Prekäre Wahlen, Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013
 6 Vgl. Fußnote 1



ARBEIT & SOZIALES

Start in den Beruf

Um das duale Ausbildungssystem wird Deutschland in vielen Ländern zu Recht beneidet. Doch gegenwärtig ist es vor Herausforderungen gestellt, die nicht leicht zu bewältigen sind. So ist etwa in den letzten Jahren ein Trend zu verzeichnen, der zeigt, dass zunehmend mehr Ausbildungsplätze nicht besetzt wurden. Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit hat sich die Zahl unbesetzter Ausbildungsstellen in den Jahren von 2010 bis 2015 verdoppelt, während gleichzeitig aber auch nach wie vor viele junge Menschen keine Ausbildungsstelle finden konnten.



von: Heike Miehe, Referat Arbeit & Soziales
➔ h.miehe@zgv.info

Die Ursachen hierfür sind vielfältig: der demografische Wandel, regional sehr unterschiedliche Angebote sind hier ebenso zu nennen, wie eine wachsende Tendenz zur Akademisierung, die sich aus zwei Richtungen speist: Einerseits sehen immer mehr junge Menschen (und ihre Eltern) nur noch in einer möglichst hohen Qualifikation eine Perspektive. Hierzu stellt der Berufsbildungsbericht der Bundesregierung für 2017 fest, dass es einen deutlichen Trend zugunsten der Hochschulen gibt (www.bmbf.de/pub/Berufsbildungsbericht_2017.pdf). Die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten hat sich in den letzten 20 Jahren beinahe verdoppelt. 2013 fingen in Deutschland zum ersten Mal mehr junge Menschen ein Studium an als eine Ausbildung. Politiker

aus allen Parteien wollen die Abiturientenquote noch weiter erhöhen. Denn die Wettbewerbsfähigkeit des Landes lasse sich nur mit mehr Akademikern sicherstellen. Deutschland sei kein rohstoffreiches Land, das Rohstoffe exportiere, sondern sein Kapital seien die klugen, gut ausgebildeten Köpfe.

Andererseits werden immer mehr Ausbildungsberufe als Studiengänge angeboten, Erzieher beispielsweise, Hebamme oder auch Ergotherapeut. Oft findet man solche Studiengänge bei privaten Bildungsanbietern.

Manche sprechen in diesem Zusammenhang von einem „Akademisierungswahn“. So auch der ehemalige Kulturstatssekretär und Philosophie-Professor Julian Nida-Rümelin. Er sieht die duale

Ausbildung ins Abseits gedrängt, einen Qualitätsverlust an Gymnasien und Hochschulen, und die Abbrecherquoten an den Unis steigen. All das sei Ergebnis politischer Entscheidungen und nicht etwa eines gewachsenen Bedürfnisses nach höherer Bildung in den jüngeren Generationen. Seine These: Wenn die Akademisierung weiter fortschreitet, ist das System der beruflichen Bildung am Ende. Denn mit nur noch 25 oder 30 Prozent eines Jahrganges lassen sich über 350 Ausbildungsberufe nicht bestücken (vgl. Julian Nida-Rümelin. Der Akademisierungswahn. Zur Krise beruflicher und akademischer Bildung, Edition Köber, 2014).

Gegnern der Akademisierung wird von Kritikern entgegengehalten, sie wollten lediglich die Exklusivität ihres universitären Reviers sichern. Dabei sei die Akademisierung eine große Chance für mehr sozialen Aufstieg in einem Land. Wer die Möglichkeit hat, über eine Ausbildung in ein Studium einzusteigen, für den sind die sozialen Hürden häufig leichter zu überwinden. Duale Studiengänge, also eine Ausbildung im Unternehmen kombiniert mit einem Studium, sind in Deutschland inzwischen sehr gefragt.

Bei aller Diskussion um eine angemessene Durchlässigkeit und vielfältige Formen in der dualen Ausbildung und im Studium muss jedoch eines klar sein: Es ist auch auf die zu achten, die von diesen Entwicklungen abgehängt zu werden drohen. Es ist alarmierend, wenn der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (KJB) feststellt, dass insbesondere Kinder aus unteren sozialen Schichten aufgrund fehlender Schulabschlüsse ihren Wunschberuf nicht realisieren können (15. KJB, S. 272).

(Aus-)Bildungskarrieren stehen in Deutschland nach wie vor in problematischer Abhängigkeit zum jeweiligen sozialen Status. Auch für Jugendliche mit Migrationshintergrund gibt es immer geringere Erfolgsaussichten in den favorisierten Berufsgruppen.

Unterstützung im neuen Lebensabschnitt

Schon der Entscheidungsprozess für einen konkreten Ausbildungsberuf ist für manchen Jugendlichen eine Hürde. Er ist für viele mit Unsicherheit und Fragen ver-

bunden, wie: Was will ich später erreichen? Was will ich machen? Wie mache ich nach der Schule weiter? Alleine über 350 verschiedene Ausbildungsberufe machen die Auswahl schwer. Und so ist es nicht verwunderlich, dass bei den Berufswünschen oft die zehn bekanntesten immer wieder von den Jungen und Mädchen genannt werden, wie z. B. KFZ-Mechatroniker, Industriekaufmann oder Arzthelferin. Hinzu kommt, dass Schülerinnen und Schüler in ihrem „Traumberuf“ keine Lehrstelle finden.

Dies wissen auch die ehrenamtlichen Ausbildungspaten im „Netzwerk st.ar.k“ der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN). Seit nun mehr fast 20 Jahren sind Ehrenamtliche aktiv, um junge Menschen im Übergang von der Schule in den Beruf zu beraten und zu begleiten und ihre Berufserfahrungen und Kontakte zu nutzen, um jungen Menschen, oft aus benachteiligten Schichten, Hilfestellung zu geben.

Zuspruch ist wichtig

Neben dieser praktischen Unterstützung ist es aber auch Interesse der Evangelischen Kirche, Menschen in Übergängen ihres Lebens geistlich zu begleiten. Jährlich beginnen etwa 36.000 junge Menschen in Hessen eine Ausbildung. Für sie

ist der Übergang von der Schule in die Ausbildung eine einschneidende Erfahrung. Sie müssen sich in einer neuen Umgebung mit neuen Anforderungen und Regeln zurechtfinden. Auch Ausbilderinnen und Ausbilder stehen vor vielfältigen Aufgaben. Gerade in Klein- und Handwerksbetrieben ist es oft eine besondere Herausforderung, neue Auszubildende zu integrieren und fachlich anzuleiten, wenn gleichzeitig Termindruck und besondere Kundenwünsche den Berufsalltag bestimmen.

Erster Ausbildungsgottesdienst in Darmstadt

Am Dienstag, den 26. September 2017 fand daher auf Initiative des Zentrums Gesellschaftlicher Verantwortung, in Kooperation und mit Unterstützung des Bistums Mainz, des DGB und der DGB-Jugend, der Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern, der IHK Rhein Main Neckar und den Unternehmerverbänden Südhessen, der erste ökumenische Gottesdienst für Auszubildende und ihre Ausbilder im Alten Schalthaus in Darmstadt statt. Mit diesem möchte die EKHN, wenn auch zeichenhaft, dazu beizutragen, dass der dualen Ausbildung die Wertschätzung entgegengebracht wird, die sie verdient.

Celina Hofmann, Tatjana Blank und Stefan Ott, Jugendliche aus ganz unterschiedlichen Ausbildungsberufen, sprachen im Gottesdienst über ihre ersten Erfahrungen im Verlauf der Ausbildung. Sebastian Cramer, Vorsitzender der Jugendauszubildendenvertretung bei Merck in Darmstadt, betonte, dass es für ihn immer wichtig war, sich mit anderen Gleichgesinnten zusammenzuschließen und füreinander einzustehen. Deshalb engagiere er sich auch in der Jugendvertretung und in der Gewerkschaft.

Die stellvertretende Kirchenpräsidentin der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Ulrike Scherf, und der Bischofsvikar des Bistums Mainz, Dietmar Giebelmann, sprachen Auszubildenden, Ausbilderinnen und Ausbildern im Gottesdienst Gottes Segen zu. Im Übergang in die Ausbildung, mit der je eigenen Herausforderung, Gott um seinen Segen zu bitten, steht im Kontext der religiösen Einsicht, dass jeder Mensch ein Geschöpf Gottes ist und dass die Vitalitätskräfte nicht nur von ihm abhängen, sondern in einem sehr existenziellen Sinne von Gott.

Gemeinsam mit weiteren lokalen Kooperationspartnern soll 2018/19, beginnend im Dekanat Vorderer Odenwald, ein weiterer Ausbildungsgottesdienst angeboten werden. ■



→ Ramon Berndroth (r.) vom Nachwuchszentrum vom SV Darmstadt 98 stellte sich den Fragen der Jugendlichen



← Jugendliche sprechen über ihre Erfahrungen in der Ausbildung

→ Die stellvertretende Kirchenpräsidentin der EKHN Ulrike Scherf und der Bischofsvikar des Bistums Mainz sprachen den Jugendlichen Gottes Segen zu



Sich vom Geist bewegen lassen: Bewahrung der Schöpfung in interreligiöser Perspektive

Wenn ich nach einem Highlight meiner Arbeit im Jahr 2017 gefragt würde – die Antwort fiel sehr eindeutig aus: Die Begegnung mit Menschen unterschiedlicher Religionen und unterschiedlicher

Naturschutzverbände, der Politik und der Naturwissenschaft, um mit diesen nicht nur über den Zusammenhang von Schöpfungslust und Naturschutz nachzudenken, sondern diese Themen mit Spiritualität zu füllen und aktiv und gesellschaftlich relevant zu gestalten.



von: Pfarrer Dr. Hubert Meisinger, Referat Umwelt & Digitale Welt
 ↪ h.meisinger@zgv.info



Eröffnung der interreligiösen Woche: v.l. Dr. Jürgen Miksch (Abrahamisches Forum), Senay Can (Alevitentum), Prof. Dr. Ingo Hofmann (Bahai-Religion), Michael Slaby (Buddhismus), Marc Witznbacher (Christentum), Haladhara Thaler (Hinduismus), Gülsen Akay (Ezidentum), Asmaa El Maaroufi (Islam), Dr. Tanya Smolianitski (Judentum), Damandeep Singh (Sikh-Religion)

Buddhisten, Hindus, Sikhs, Moslems, Juden, Jesiden, Bahais und die christlichen Konfessionen haben alle einen Zugang zu dem, was im christlichen Kontext „Bewahrung der Schöpfung“ genannt wird. Doch der Begriff „Schöpfung“ taucht nicht überall auf. Also werden gemeinsame Texte wie eine Erklärung zum Weltklimagipfel COP23 in Bonn so formuliert, dass sie interreligiös verständlich und nachvollziehbar sind. Das heißt dann: Verzicht auf das Wort „Schöpfung“. Worin manche einen Verlust vermuten und davon sprechen, dass dieses Wort unverzichtbar ist für Christinnen und Christen, sehen andere – meine Person eingeschlossen – einen Gewinn: Worte sind austauschbar, aber

die Gedanken, Lebens- und Glaubenskonzepte, die sie transportieren, bleiben gleich – oder zumindest so ähnlich, dass das gemeinsame Verstehen und das gemeinsame Verständigen viel wertvoller sind als die einzelnen Worte. Schall und Rauch, denn der Geist weht, wo er will – nicht gefangen in einzelnen Worten und dem letzten hyperkorrekt gesetzten i-Tüpfelchen. Eine ganz lebenspraktische Erkenntnis, die in den Texten der christlichen Tradition klar formuliert ist: „Der Buchstabe tötet, der Geist aber macht lebendig“ (2. Kor. 3,6).

Und von großer Lebendigkeit, offener Begegnung, Interesse aneinander und fantastischer Neugier waren diese interreligiösen Gespräche geprägt, die ich im

Rahmen des Projekts „Religionen und Naturschutz“ führen konnte, das vom Abrahamischen Forum e. V. mit Sitz in Darmstadt organisiert und vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) in Bonn und der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau finanziell getragen wird.

Interreligiöser Austausch ermöglicht Stärkung

Horizontüberschreitungen sind so möglich, die nicht nur auf dem Feld der Ökumene selbst stattfinden, sondern gewissermaßen „an einem dritten Ort“ oder über einen „dritten Weg“ – eben der gemeinsamen Beschäftigung mit biologischer Vielfalt und Artenverlust, Schönheit



Segwaytour durch Frankfurt



Baumpflanzaktion im Reinheimer Schwimmbad

der Natur und deren Abgründigkeit, Eigenwert alles Lebendigen und dessen Charakter auch als „Ressource“ für uns Menschen. Ressource in einem ganz ursprünglichen Sinne als Quelle, aus der wir Lebensenergie gewinnen. Und die damit kein zu objektivierendes Gegenüber darstellt, das verzweckt und ausgenutzt werden kann, sondern Lebensgrundlage unseres eigenen Gewordenseins ist. Daseinsvorsorge als Einsicht in die Zusammenhänge und gegenseitigen Abhängigkeiten alles Geschaffenen: „Man sägt den Ast nicht ab, auf dem man selber sitzt.“

Doch tun wir das nicht schon seit Jahrhunderten? Jetzt werden die Folgen dieser Verirrung des Menschen so offensichtlich und bedrohlich für uns und insbesondere für die Generationen unserer Kinder und Enkelkinder, dass sich viele ihrer Verantwortung bewusst werden, Leben – meines und das anderer Lebewesen – als Geschenk neu zu entdecken und mit viel mehr Demut und Achtsamkeit damit umzugehen. Der interreligiöse Austausch vertieft dieses Verständnis, deckt fatal stellvertretende Belanglosigkeiten auf, ermöglicht gegenseitige Verstärkungen. Und findet gerade darum umso mehr Beachtung auf politischer und naturwissenschaftlicher Ebene.

Das Bundesamt für Naturschutz möchte die Gestaltungsmöglichkeiten der Religionen in deren inner- wie interreligiösen und gesellschaftlichen Zusammenhängen stärken und gemeinsam Wege einschlagen, damit der Homo sapiens seinem und ihrem Namen Ehre machen kann: ein mit Weisheit begabter Mensch zu sein.

Einer Weisheit, die weit über die Grenzen der Vernunft hinausgeht und von Lebenserfahrungen geprägt wird, die in Jahrhunderten von vielen, vielen Generationen gesammelt, zuerst mündlich überliefert und schließlich schriftlich fixiert worden sind. Zu Recht spricht der emeritierte Professor für Neues Testament, Gerd Theißen, von diesem Geist hinter den Buchstaben als einer „Grammatik des Glaubens“ und er hat diese „Grammatik“ mit einem Mobile verglichen, das beweglich und damit auch immer instabil bleibt, ohne dabei in ein grundsätzliches Ungleichgewicht zu geraten.

Dieser Gedanke an und Vertrauen in ein grundlegendes, von Gott getragenes Gleichgewicht alles Geschaffenen tröstet und ermutigt mich in meiner Arbeit an den brennenden Umweltproblemen, die unsere derzeitigen Jahrzehnte bestimm-

men; lässt mich Resonanzenerfahrungen interreligiös und im Austausch mit Politik und Naturwissenschaft freudig wahrnehmen und an Erfahrungen der Absurdität, des Abgründigen nicht verzweifeln.

Interreligiöse Woche zum Naturschutz

Religionsgemeinschaften tun sehr gut daran, sich zusammenzuschließen und in der gemeinsamen Verständigung „Standing“ und Kreativität zu gewinnen. Sich vom Geist bewegen zu lassen, Bäume zu pflanzen, an einem Lagerfeuer Geschichten zu erzählen, über „Laudato Si“ von Papst Franziskus aus einer interreligiösen Perspektive von Christenmenschen und Muslim-Menschen nachzuspüren. Das alles hat stattgefunden in der bundesweit ersten religiösen Woche zum Naturschutz



Garten-Talk in der Erlebnisgärtnerei Maulbeergärten in Darmstadt



in Darmstadt und Umgebung im Anschluss an den Schöpfungstag 2017, und in der so manches Aha-Erlebnis aufgetaucht ist.

Kommt Ihnen als Leserinnen und Leser der folgende Vers bekannt vor: „Selbst wenn der jüngste Tag angebrochen wäre und man trüge einen jungen Schößling in der Hand, so sollte dieser noch gepflanzt werden“? Richtig, Luther hätte noch einen Apfelbaum gepflanzt. Und vom Propheten Mohammed wird der zitierte Satz überliefert. Was könnte das Verbindende besser deutlich machen?

Sicherlich, Unterscheidendes gibt es zur Genüge. Aber bringt uns allein Distanz(ierung) oder nicht vielmehr Begegnung im Leben weiter, die aus den Verschiedenheiten, nicht dem Trennenden, Kraft schöpft? Ein Ich und ein Du in Beziehung – das steht hinter den großartigen Worten aus Jesaja 43 Vers 1: „Ich habe Dich bei Deinem Namen gerufen, Du bist mein.“ Oder: „Kennt auch Dich und hat Dich lieb“ – ein Kinderlied mit der so tiefen Weisheit, die ein Kollege uns bei einer Andacht im ZGV neu nahegebracht hat, dass wir nicht Objekte, Es-Einheiten der dritten Person sind, sondern angesprochene und andere ansprechende Subjekte der zweiten Person Singular – oder Plural, wenn wir uns als Gemeinschaft sehen. Wenn wir doch wie Kinder, nicht kindisch, diese Weisheit neu lernen, neu erfahren, neu leben würden.

Auch hier lässt sich ein Bezug zum (Schöpfungs-)Glauben herstellen – Vieh, Gewürm, die Tiere des Feldes und die Menschen, als Bild, das Gott gleich sei,



Gesprächskreis Naturschutz – (k)eine Sache der Religionen. Oben: Eröffnung der interreligiösen Woche in Darmstadt

sind gemeinsam am sechsten Schöpfungstag von Gott ins Leben gerufen: „Ich habe Euch bei Eurem Namen gerufen, Ihr seid mein.“ Naturwissenschaftliche und religiöse Einsichten über die Zusammengehörigkeit von Menschen und anderen Tieren verdichten sich, können interreligiös und im Dialog mit den Naturwissenschaften und den politisch zuständigen Naturschutzeinrichtungen einen Ort der Verständigung und des In-Bewegung-Setzens bilden.

Zu Recht fordert Prof. Manfred Niekisch, der ehemalige Direktor des Frankfurter Zoos und mehrfach Referent bei Veranstaltungen im Projekt Religionen und Naturschutz, die Religionen auf, ihren (noch) vorhandenen Einfluss in der Gestaltung der Gesellschaft einzubringen und zum Beispiel über „Tabus“ neu nachzudenken. Tabus, um der respektlosen Ausbeutung der Natur entgegenzuwirken. Tabus, die gerade nicht auf Denkverbote gründen, sondern aus weisheit-

lichen Einsichten gewonnen werden, die Denken, Fantasie, Kreativität, Vorsorge und Achtsamkeit umschließen. Es macht Sinn und ist auch vernünftig, die Erde – die konkrete braune, rote oder wie auch immer farbige Erde unter unseren Füßen – nicht immer weiter zu versiegeln oder durch sogenannte Pflanzenschutzmittel zu vergiften. Diese Erde ist der Boden, der unser Leben trägt – und zwar im wahrsten Sinne des Wortes.

Das Bodenlose, Abgründige und Absurde kann unser Leben nicht aufsaugen – auch wenn dereinst die Worte „Erde zu Erde, Asche zu Asche, Staub zu Staub“ über uns gesprochen werden. Bis es so weit ist, wird es uns zugemutet, aufwärts froh den Blick gewandt und mit festen und zugleich achtsamen Schritten weiterzugehen, nach Resonanzen im Leben und mit allem Lebendigen und Geschaffenen zu suchen und sich an Horizont-erweiterungen durch interreligiöse Projekte zu erfreuen. ■

Nachhaltige Beschaffung: Vorbereitungen zur Stärkung des nachhaltigen Einkaufs in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN)

„Einkaufen“ ist ein ganz alltäglicher Vorgang. Also nichts Besonderes. Aber eben auch ein all-täglicher Vorgang: Wir – die Menschen in den Kirchengemeinden ebenso wie in der Kirchenverwaltung, den Zentren, Dekanaten, Regionalverwaltungen und Propsteien – kaufen jeden Tag ein. Jeden Tag entscheiden wir uns für oder gegen Produkte und Dienstleistungen, die mit oder ohne Kinderarbeit, mit oder ohne existenzsichernden Löhnen, Raubbau an der Natur, Umwelt und Gesundheit zerstörenden Giften sowie mit mehr oder weniger Treibhausgas-Emissionen produziert bzw. gehandelt, gelagert und transportiert werden.



von: Katrin Saudhof, Referat Umwelt & Digitale Welt
 ➔ k.saudhof@zgv.info

Die Synode der EKHN hat sich in den letzten Jahren mehrfach dafür ausgesprochen, sowohl umwelt- und klimafreundlicher als auch sozialgerechter handeln zu wollen. Zuletzt wurde im Jahr 2012 die Selbstverpflichtung zum Fairen Handel (www.kirchenrecht-ekhn.de/synodals/25543.pdf) verabschiedet. Dieser Beschluss steht im Zeichen des konziliaren Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung. Nach biblischem Glauben bedeutet wahrer Friede, dass jeder Mensch in einer Beziehung der sicheren Geborgenheit zu Gott, zum Nächsten, zur Natur und zu sich selbst steht. Gerade beim Thema Beschaffung zeigen sich die Zusammenhänge dieser verschiedenen Aspekte. Die Auseinandersetzung mit dem Einkaufen in der Praxis hilft uns dabei, weitere Schritte des Lernweges hin zum wahren Frieden zu gehen.

In einzelnen Dekanaten und Kirchengemeinden sowie der Kirchenverwaltung ist in den letzten Jahren eine Reihe von konkreten Maßnahmen hin zu einem nachhaltigeren Einkaufsverhalten umgesetzt worden. Die Palette reicht von umweltfreundlichen Büromaterialien und Reinigungsmitteln über fairen Kaffee sowie regional und biologisch ausgerichteter Kita-Verpflegung bis zur Reduzierung des

Fahrzeugpools. Nun gilt es, diese positiven Beispiele in die Breite zu tragen.

Kirchliche Haushaltsordnung gibt neuen Impuls

Im Jahr 2017 gab es viel Bewegung, um das Thema Nachhaltige Beschaffung in der EKHN voranzubringen. Nach einem intensiven Diskurs in der Synode ist im Januar 2017 die neue kirchliche Haushaltsordnung (KHO) der EKHN in Kraft getreten, in der nun das Kriterium der Nachhaltigkeit gleichrangig neben den Kriterien Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit steht. Dadurch findet der konzi-

liare Prozess für Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung des Weltrates der Kirchen nun auch im Kirchengesetz zur Haushalts- und Wirtschaftsführung unserer Landeskirche seinen Ausdruck. Dies ist ein bedeutender Schritt für die EKHN, der auch vorbildhaft für andere Gliedkirchen der EKD sein kann.

Mit der neuen KHO können die Initiativen und praktischen Aktivitäten zum nachhaltigen Wirtschaften auf den verschiedenen Ebenen der EKHN deutlich gestützt werden. Im ersten Schritt ist in den vergangenen Monaten intensiv an einer Ausführungsbestimmung für die Beschaffung von Waren und Dienstleistun-



gen gearbeitet worden, in der das Nachhaltigkeitskriterium konkretisiert wurde. Die entsprechende Verordnung wird voraussichtlich Anfang 2018 in Kraft treten.

Übersetzung für den Kirchen-Alltag

Im Mai 2017 gründete sich auf Initiative des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung die Arbeitsgruppe „Nachhaltige Beschaffung“, um parallel zu den kirchenjuristischen Rahmenbedingungen Bausteine für eine Informations- und Kommunikationskampagne zum Thema zu entwickeln. Die Mitglieder dieser AG kommen aus dem Zentrum Ökumene, aus der Kirchenverwaltung, von der Dekanats-ebene und aus dem ZGV. Außerdem wurde als externe Expertin eine Mitarbeiterin des Entwicklungspolitischen Landesnetzwerks Rheinland-Pfalz (ELAN e. V.) hinzugezogen, da ELAN seit Jahren sowohl Kommunen als auch Kirchen bei der Einführung einer Nachhaltigen Beschaffung unterstützt. Die wichtigste Aufgabe der AG besteht zurzeit darin, eine Praxis-Broschüre für die Einkäuferinnen und Einkäufer in den Gemeinden und Einrichtungen der EKHN zu erarbeiten, um die Anwendung der neuen Beschaffungsverordnung im Alltag zu erleichtern und damit auch den nachhaltigen Einkauf zu stärken. Darüber hinaus werden weitere Angebote für Gemeinden und Einrichtungen geplant, wie z. B. die Einrichtung Runder Tische auf regionaler Ebene, und in Abstimmung mit der EKHN-Öffentlichkeitsarbeit Kommunikationsmaßnahmen entwickelt, um die Angebote in den Gemeinden und auf der mittleren Ebene bekannt zu machen.

Mut zum „Machen“

Eine besondere Hemmschwelle beim nachhaltigen Einkauf ist die Komplexität des Themas. Viele Menschen werden trotz innerer Überzeugung vom nachhaltigen Handeln abgehalten, weil die vielfältigen Aspekte, die man beim öko-fair-sozialen Einkaufen berücksichtigen kann, schwer überschaubar erscheinen. Darum ist es eine besonders wichtige Aufgabe bei der Aufbereitung von Informationen und der Kommunikation, diesen Gordischen Knoten zu durchschlagen und Mut zum Handeln zu machen. Dazu sollen



EXKURS: NACHHALTIGES EINKAUFEN UND KLIMASCHUTZ

Beschaffung ist ein Schwerpunkt bei der Umsetzung des EKHN-Klimaschutzkonzepts. Im Vergleich zum Energieverbrauch der Gebäude und durch die Mobilität ist der Bezug zum Klimaschutz nicht auf den ersten Blick deutlich, doch auch für die Produktion von Waren und bei der Ausübung von Dienstleistungen werden Energie benötigt und Treibhausgase verursacht. In der EKHN beträgt der Anteil an den Gesamtemissionen ca. 12 Prozent. Auch in diesem Bereich

müssen die Emissionen in den nächsten Jahren gesenkt werden, um die Klimaziele erreichen zu können. Dazu muss der gesamte Lebensweg der Produkte betrachtet werden, was in der Praxis nicht immer einfach ist. Hier seien beispielhaft die relevanten Aspekte beim Konsum von Rindfleisch und Milchprodukten genannt: Rinder erzeugen bei der Verdauung große Mengen Methan, das für den Klimawandel mit verantwortlich ist. Ebenso werden bei der Produk-

tion der im Grünland eingesetzten Düngemittel Treibhausgase emittiert. Hinzu kommen die energiebedingten Emissionen beim Transport des Futters bzw. der erzeugten Fleisch- und Milchprodukte sowie bei ihrer Lagerung – meist in Kühllhäusern und im Kühlregal des Handels bzw. im Kühlschrank des Verbrauchers. Eine Mahlzeit mit Fleisch verursacht im Durchschnitt dreimal so viele Treibhaus-Emissionen wie ein vegetarisches Gericht.

möglichst einfache und klare Empfehlungen gegeben und gute Praxisbeispiele vorgestellt werden.

Kooperation mit anderen Landeskirchen

Die Evangelische Kirche in Baden (EKIBA) hat in einem mehrjährigen Modellprojekt zur öko-fair-sozialen Beschaffung das Informations- und Einkaufsportale *wir-kaufen-anders.de* aufgebaut und erprobt. An der Entwicklung nicht ganz unbeteiligt war der bisherige Leiter des Referats Zentrale Dienste der EKHN, Sebastian Parker, der im Rahmen kollegialer Beratung seine langjährigen Praxiserfahrungen in das Vorhaben einbrachte. Nachdem die EKIBA Anfang 2017 das Angebot aussprach, die Plattform zukünftig in Kooperation mit anderen Landeskirchen und Bistümern fortzuführen, beschloss die Kirchenleitung der EKHN, sich ab 2018 für zunächst fünf

Jahre am Betrieb des Portals finanziell zu beteiligen. Als weitere Kooperationspartner haben sich die Evangelischen Kirchen Kurhessen-Waldeck und Rheinland sowie die Erzdiözese Freiburg gemeldet. Nach Aufnahme eines entsprechenden Budgets in den kommenden Haushalt steht das Portal inklusiv eines Online-Shops für nachhaltige Produkte ab Frühjahr 2018 sämtlichen Gemeinden und Einrichtungen der EKHN zur Verfügung.

Nach Abschluss der intensiven Vorbereitungen kann im Frühjahr 2018 mit der praktischen Umsetzung begonnen werden. Dann wird das Thema Nachhaltige Beschaffung auch in der kirchlichen Öffentlichkeit sichtbar. ■

LINK ZUM THEMA:

Beschaffungsportal der Ev. Kirche in Baden:
www.wir-kaufen-anders.de

Die digitalen Technologien haben dem Menschen zu dienen

Wenn bei einer Suchmaschine die Worte „Kirche“ und „Digitalisierung“ eingegeben werden, landen die ersten Treffer in der Regel auf Artikel der Wochenzeitung ZEIT. In einem Gastbeitrag antwortet Jonas Bedford-Strohm, der Sohn des Ratsvorsitzenden der EKD, auf die Frage, warum sich Kirche mit der Digitalisierung so schwer tut, mit dem Hinweis darauf, dass sie sich zu wenig Mühe gibt.



Wie immer man zu dieser These steht, fest steht: Die EKD unternimmt seit 2014 Anstrengungen, sich dem Thema zu nähern und Handlungskonzepte zu erarbeiten. Auch die Mitarbeitenden im ZGV sind Teil dieses Prozesses, der vom Referat Umwelt & Digitale Welt koordiniert wird.

von: Michael Grunewald, Referat Umwelt & Digitale Welt
 → m.grunewald@zgv.info

Wo und wie soll Kirche mitmischen?

Mit der Digitalisierung wird häufig die über das Internet stattfindende Kommunikation verbunden.

Der von netzaffinen Christinnen und Christen bei Facebook und Twitter bundesweit genutzte Hashtag #digitaleKirche zeugt davon, dass es vor allem um die Kommunikationsfähigkeit der Kirche zu gehen scheint. Die Auswirkungen der Digitalisierung auf unser aller Leben sind aber wesentlich breiter und allzeit offensichtlich. Da ist der Arztbesuch, die Verbrauchsabrechnung von Strom und Wasser, die Telefonabrechnung, vielleicht auch die digitalen Rabattmarken von Payback oder die Kreditwürdigkeit durch eine Schufa-Auskunft. Tagesaktuelle Nachrichten werden immer öfter online abgerufen, für weite Teile unserer medial vermittelten Kommunikation nutzen wir digitale Dienste. Selbstfahrende Autos, Pflegeroboter und Kommunikationsbots schreiben in der Entwicklung schnell voran.

Welche Themen ergeben sich aus der Digitalisierung, welche davon sollen von der verfassten Kirche in den Vordergrund gerückt werden? Der Kirchenpräsident

der EKH, Dr. Dr. h.c. Volker Jung, gleichzeitig Medienbeauftragter der EKD, wies im Rahmen der EKD-Synode 2017 darauf hin, dass die digitale Transformation große Chancen zur Verbesserung des Lebens, auch zur Verbesserung von gesellschaftlicher Teilhabe und Gerechtigkeit bietet.



Damit hat er ganz sicher recht, aber damit drängen sich weiterführende Fragen geradezu auf.

Sind uns die Bedingungen, unter denen Waren hergestellt werden, bei Kaffee, Schokolade und Kleidung wichtig, bei Hard- und Software jedoch egal? Spielt für uns die Frage, wie sich Nachrichten digital verbreiten, keine Rolle? Wie steht es um die digitale Souveränität des Menschen?

Digitalisierung bewerten

Auf einem FDP-Bundestagswahlplakat 2017 war zu lesen: DIGITALISIERUNG FIRST; BEDENKEN SECOND. Für Christinnen und Christen muss beides wichtig, beides gleichwertig sein. Mit der Digitalisierung müssen wir uns inzwischen in allen Lebensbereichen auseinandersetzen. Dabei gilt es auch die verschiedenen Schwerpunkte im Auge zu behalten.

Die Kommunikationskultur in unserer Gesellschaft ändert sich richtungswei-

send. Auch wenn in Deutschland das Fernsehen noch die Nummer 1 für den Empfang von Nachrichten ist, so ist festzustellen, dass immer mehr Menschen das Internet für den Austausch über Nachrichten nutzen. Themen, die im kleinen sozialen Raum einer Kommune aufkommen, werden nicht mehr nur in der örtlichen Presse oder auf dem Marktplatz erörtert, die Diskussionen darüber verlagern sich immer mehr auch in digitale Räume wie Facebook, Instagram oder WhatsApp. Eine am Gemeinwesen orientierte Arbeit sollte sich durch die Veränderungen auch weiterentwickeln, will sie den Anschluss nicht verlieren. Vor dieser Entwicklung muss niemand in der Kirche Angst haben, denn unser Glaube und unsere kirchlichen Strukturen tragen diese Veränderungsprozesse. Wir haben den Raum und die Kraft, die Prozesse der Digitalisierung zu bewerten und zu schauen, welche Vor- und Nachteile es zu beachten gilt. Positive Entwicklungen können wir aufnehmen, weiterentwickeln und negative Wirkungen minimieren oder gar ausschließen.

In vielen Kirchengemeinden ist beispielsweise eine Kommunikation mit den Konfirmandinnen und Konfirmanden ohne WhatsApp scheinbar kaum denkbar. Der Grund ist offensichtlich: Fast alle nutzen es. Andererseits muss WhatsApp gerade aus Sicht des Datenschutzes sehr kritisch gesehen werden, da regelmäßig gegen das Selbstbestimmungsrecht derjenigen



DIE KOMMUNIKATIONSKULTUR IN UNSERER GESELLSCHAFT ÄNDERT SICH RICHTUNGSWEISEND

verstoßen wird, die in der Kontaktliste der mobilen Endgeräte gespeichert sind. Nutzen wir unsere Möglichkeiten, dass Konfirmandinnen und Konfirmanden in die Überlegungen um Chancen und Risiken mit einbezogen und damit Kirche auch als eine digital-ethische Gemeinschaft erlebt werden kann?

Eine ethische Grundorientierung in der Einen Welt

Manchmal erscheint es, als gäbe es die Aufteilung der Welt in „real“ und „virtuell“. Aus unserer christlichen Perspektive gibt es diese Trennung nicht. Es gibt ein Engagement der Kirche in der Einen Welt. Nicht mehr und nicht weniger.

„Es gibt nicht zwei Wirklichkeiten, sondern nur eine Wirklichkeit, und das ist die in Christus offenbar gewordene Gotteswirklichkeit in der Weltwirklichkeit. Gerade weil der Gott, an den Christenmenschen glauben, sich von der Welt nicht ab-, sondern ihr zuwendet, hat das Evangelium stets politische Bedeutung.“

Mit diesen Worten hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 2008, der Tradition Dietrich Bonhoeffers folgend, die öffentliche Präsenz von Kirche begründet. Die exponentiellen Fortschritte im Kontext der Digitalisierung haben einen globalen ethischen Diskurs über Chancen und Risiken, Regeln und Regulierung in Gang gesetzt.

Auch die Kirchen als Sozialpartner in der Gesellschaft mit ihren (sozial-)ethischen Kompetenzen sind hier gefragt. Eine am christlichen Menschenbild orientierte Ethik hat dabei ihre anthropologischen Grundannahmen und ein bestimmtes Wirklichkeitsverständnis transparent in den öffentlichen Diskurs einzubringen und insbesondere die im biblischen Zeugnis eingetragene unauflösliche Verhältnisbestimmung von geschenkter Freiheit und notwendiger Verantwortung zu thematisieren. Damit ist etwa auch die wichtige Frage verbunden, wie eine Förderung und Stärkung individueller Kompetenzen möglich ist, die selbstbestimmtes Handeln unter vollständiger, eigener Kontrolle im Hinblick auf die Nutzung digitaler Medien zum Ziel hat („digitale Souveränität“).

Engagement ist gefragt

Fest steht: Der Prozess der Digitalisierung kann nur dann angemessen begleitet werden, wenn sie als grundlegendes kulturelles Transformationsphänomen wahrgenommen und verstanden wird. Die Umgestaltung geht weit über Social Media hinaus. Transhumanismus, künstliche Intelligenz und Big Data, um nur einige Schlagworte zu nennen, werden mit zunehmender Digitalisierung an Bedeutung gewinnen. Diese Entwicklung wird vor allem von der Wirtschaft vorangetrieben. Mächtige Konzerne wie Google, Apple, Facebook und Co. geben die Richtungen

vor. Doch mit Blick auf die Grundsätzlichkeit des digitalen Transformationsprozesses dürfen die die Zukunft der Menschheit bestimmenden Themen nicht nur einzelnen Unternehmen, geschlossenen Expertenzirkeln oder Militärs bzw. Geheimdiensten überlassen werden. Ein breiter zivilgesellschaftlicher Diskurs ist notwendig, damit sich die Technologie am Menschen orientiert, weiterentwickelt.

Die Evangelische Kirche, als Teil der Gesellschaft natürlich selbst von den Transformationsschüben der Digitalisierung betroffen, hat – mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren – die Aufgabe, die Entwicklung konstruktiv-kritisch zu begleiten und mitzugestalten. Dabei geht es nicht um Belehrung, um richtig oder falsch. Es geht darum, aus christlicher Perspektive eine kritische, selbstbestimmte Grundhaltung einzunehmen, Veränderungen wahrzunehmen und beeinflussen zu können.

Dazu ist es auch notwendig, sowohl Mitgliedern als auch den Haupt- und Ehrenamtlichen Räume und Angebote für eine kritische Auseinandersetzung bereitzustellen. Auch das ZGV sieht darin eine seiner Aufgaben.

Der inzwischen zweite Social-Media-Tag der EKHN, den wir mit anderen kirchlichen Partnern organisierten, nahm beispielsweise die Interessen der Menschen aus der gemeinwesenorientierten kirchlichen Arbeit auf. Dabei standen praktische Anwendungsfelder im Mittelpunkt: einfache Videos mit dem Smartphone erstellen, in rechtlichen Fragen Handlungssicherheit erlangen oder Kommunikationsstrategien reflektieren.

Im Rahmen weiterer Veranstaltungen haben wir auch in diesem Jahr zu Diskursen angeregt. Aus unseren Erfahrungen gestärkt gehen wir nun nächste Schritte. Die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure aus verschiedenen Landeskirchen wächst weiter. Unter <http://digitale-kirche.evangelisch.de/> gibt es einen guten Überblick über den aktuellen Stand des Diskurses, an dem auch wir uns beteiligen. ■

WEITERE INFORMATIONEN:

<http://digitale-kirche.evangelisch.de>

Umwelt- und sozialschädliche Subventionen müssen abgeschafft werden: Agrarpolitik der Europäischen Union nach 2020

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU besteht seit über fünf Jahrzehnten und durchlief bereits mehrere notwendige Reformprozesse. Im Jahr 2017 führte die EU ein großes Bürgerbeteiligungsverfahren zur Neuausrichtung der GAP für die Förderperiode 2021 bis 2027 durch. Die Resonanz auf die Konsultation war außerordentlich groß: Es gab knapp 323.000 Rückmeldungen, 9.241 Organisationen

beteiligten sich. Insgesamt wurden 693 Positionspapiere eingereicht, wovon vier Stellungnahmen aus dem kirchlichen Raum stammten, eine davon vom ZGV. Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau setzt sich für eine soziale und nachhaltige Ausgestaltung der Agrarpolitik ein.



von: Dr. Maren Heincke, Referat Ländlicher Raum
 ↪ m.heincke@zgv.info

Die EU-Kommission plant, bereits 2018 ihre Vorschläge für neue GAP im EU-Parlament sowie im EU-Agrarministerrat zur Diskussion zu stellen. Zeitdruck besteht unter anderem, weil im Frühjahr 2019 die Neuwahl des EU-Parlaments ansteht. Die aktuellen Diskurse über Sinn und Zweck der GAP werden wesentlich härter als früher geführt. Die GAP macht mit rund 55 Milliarden Euro pro Jahr nach wie vor etwa 40 Prozent des gesamten EU-Haushaltes aus. Aufgrund des Brexits ist in Zukunft mit einem stark sinkenden Finanzvolumen der EU zu rechnen. Großbritannien ist bisher nach Deutschland der zweitgrößte Netto-Zahler der EU. Außerdem gibt es weitere dringliche Herausforderungen der EU wie starke Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa, Flüchtlingskrise, Umweltprobleme oder Wissenschafts- und Technologiestau.

Umso mehr stellt sich die Frage nach der gesellschaftlichen Legitimation und Effektivität der bisherigen GAP. Aus kirchlicher Sicht gibt es mehrere grundsätzliche strategische Ansätze, die bei der Erneuerung der GAP zentral berücksichtigt werden sollten.

Ehrliche Politikevaluation als Basis für GAP-Neuausrichtung

Die derzeitige GAP muss einer unabhängigen, gründlichen, wissenschaftlichen Politikevaluation unterzogen werden. Ei-

nige Mängel sind offensichtlich wie Mitnahmeeffekte, fehlende Effektivität, zu hohe Overheadkosten, überbordende Bürokratie. Wissenschaftliche Evaluationen verweisen aber auch auf wesentlich tiefer liegende Problemlagen der GAP. Wichtig sind deshalb Politiktransparenz und Politikfolgenabschätzung bereits während der GAP-Neukonzipierung.

Nach wie vor betrachten Lobbyisten wie einige Bauernverbände die GAP-Mit-



tel als ihren persönlichen dauerhaften Besitzstand, über den sie selbst verfügen können, statt als öffentliche Steuermittel, welche nach gesellschaftspolitischen Aushandlungsprozessen für Gemeinwohlbelange einzusetzen sind. Im großen Maßstab versuchen diese Lobbyisten, die öffentliche Meinung entgegen harter wissenschaftlicher Erkenntnisse zu manipulieren.

Zum Beispiel wird die Flächenprämie als Instrument der sozialpolitischen Stabi-

lisierung verkauft und gleichzeitig jede Deckelung oder Degression für Großbetriebe abgelehnt. In der Realität erhalten zurzeit die flächenstärksten 20 Prozent der EU-Betriebe 80 Prozent der gesamten Flächenprämien. Großbetriebe haben erhebliche ökonomische Größenvorteile durch Mechanisierung, Automatisierung, Digitalisierung, Logistik. Mittels der EU-Flächenprämienpolitik werden die bestehenden sozioökonomischen Ungleichgewichte sogar noch zulasten der eher förderwürdigen kleinen und mittleren Betriebe verschärft.

Mehrere der von der GAP angestrebten Umweltziele werden in den Kulturlandschaften seit Jahrzehnten nicht erreicht. Ganz im Gegenteil beschleunigt sich z. B. der Biodiversitätsschwund noch weiter. In einigen Agrarregionen steigt die Nitratbelastung des Grundwassers sogar wieder an. Der Nutztierschutz bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Bei der EU-Agrarinvestitionsförderung für Stallneubauten werden z. B. tiergerechte Halteverfahren nicht konsequent eingefordert.

GAP-Förderpolitik neu aufstellen

Nur über eine ehrliche Bestandsaufnahme kann die GAP tatsächlich zukunftsfähig neu aufgestellt werden. Bei einer zu großen Stagnation oder überzogenen Forderungen des Berufstandes besteht die Gefahr, dass die GAP ihre gesellschaft-

liche Akzeptanz vollständig und dauerhaft verliert. Folgende Grundsätze sollten deshalb für die zukünftigen öffentlichen GAP-Zahlungen gelten: Umwelt- und sozial-schädliche Subventionierungen müssen konsequent und schnell abgeschafft werden. Negative externe Effekte wie Umweltbelastungen sollten konsequent sanktioniert werden. Öffentliche Subventionen sollten durchgängig an die Erbringung erwünschter, jedoch nicht marktfähiger öffentlicher Leistungen und dem Schutz öffentlicher Güter gekoppelt sein.

Umverteilung zugunsten der 2. Säule

Die EU-Gelder für die sogenannte 1. Säule der GAP, welche aus Direktzahlungen an die Landwirte besteht, betragen zurzeit in Deutschland jährlich etwa 4,85 Milliarden Euro. Demgegenüber bekommt die 2. Säule zur Förderung der ländlichen Entwicklung jährlich bloß 1,35 Milliarden Euro EU-Mittel.

Derzeit hat die 1. Säule eine sehr hohe Bedeutung als Einkommensstützung der Landwirte. Deshalb sollte kein Strukturbruch durch völlige Streichung der 1. Säule vorgenommen werden. Es sollte jedoch eine deutliche Umschichtung von Finanzmitteln aus der 1. Säule in die 2. Säule erfolgen sowie eine ökologische und soziale Qualifizierung der 1. Säule. Eine öffentliche Finanzierung von Ausstiegsoptionen für landwirtschaftliche Betriebe ohne große Zukunftsaussichten ist zu prüfen. Innovative Betriebsumstellungen, Kleinerzeuger und Junglandwirte sollten

weiterhin besonders gefördert werden. Bei Großbetrieben sind Degression und gestaffelte Kappungen vorzusehen.

Die 2. Säule sollte für integrierte ländliche Entwicklungsprozesse in verbesserter Form eingesetzt werden. Die EU sollte lediglich die Zielvorgaben deutlich formulieren. Entsprechend des Subsidiaritätsprinzips sollten jedoch der nationalen bzw. der regionalen Ebene große inhaltliche Ausgestaltungsspielräume eingeräumt werden. Eigenständige Regionalentwicklungsprozesse benötigen Bottom-up-Bewegungen. Derzeit sind die Förderleitlinien derart kompliziert, dass wirklich innovative Prozesse oft nicht mehr ermöglicht werden können. Die Bürgerbeteiligung z. B. bei LEADER geht deshalb zurück. Der Umsetzungsaufwand muss darum deutlich reduziert werden.

Die Erleichterung und Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse auf dem Land ist die Voraussetzung zum Verbleib in entlegenen Räumen. Themen wie Armutsbekämpfung und soziale Kohäsion, Digitalisierung und Bildung sowie die Stärkung von alten Menschen, Kindern und Frauen sollten besonders forciert werden.

Verlässliche agrarpolitische Rahmenbedingungen nötig

Alle GAP-Änderungsprozesse müssen langfristig vorbereitet und durch planbare Übergangszeiträume eingeleitet werden. Denn Landwirte und andere Akteure im ländlichen Raum benötigen verlässliche agrarpolitische Rahmenbedingungen und

Planungssicherheit. Gleichzeitig erzwingt das sinkende GAP-Finanzvolumen eine stärkere Prioritätensetzung und Effizienzsteigerung. Rückwirkende Politikveränderungen sollten strikt vermieden werden.

Entbürokratisierung der GAP dringend notwendig

Die Entbürokratisierung sowie Vereinfachung der GAP-Umsetzung und GAP-Kontrolle ist dringend notwendig – für die Fachverwaltungen, aber auch für die Landwirte und ländlichen Akteure. Einerseits muss absichtliches Fehlverhalten konsequent sanktioniert werden durch die Bereitstellung von ausreichendem staatlichem Personal. Zurzeit besteht teilweise ein erhebliches Vollzugsdefizit. Andererseits herrscht derzeit eine grundlegende Misstrauenskultur. Das System verliert aufgrund von Anlastungsrisiken an Handlungsfähigkeit. Ein praxistaugliches Zielerreichungsmonitoring ist nötig.

Höhere Politikkohärenz anstreben

Die GAP sollte in Zukunft eine sehr viel stärkere Kohärenz mit folgenden EU-Politikfeldern anstreben: Welternährung, Entwicklungs- und Friedenspolitik, gerechte Handelspolitik, Klima- und Umweltschutz, Tierschutz, nachhaltige und sozial orientierte Raumordnungspolitik sowie hochwertiger Verbraucherschutz. Die Umsetzung der Sustainable Development Goals 2030 sollte dafür die politische Richtschnur bilden. ■

WIE GEHT ES WEITER MIT DER EU-AGRARPOLITIK?



Offenbach am Main

LÄNDLICHER RAUM

Größere „räumliche Vision“ für Hessen fehlt: Zur 3. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000

In Hessen stand 2017 der dritte Änderungsentwurf des Landesentwicklungsplans (LEP) vom Jahr 2000 zur öffentlichen Anhörung an. Der LEP ist das zentrale strategische Planungsinstrument zur räumlichen Entwicklung des Landes.



Der LEP definiert Entwicklungsziele und macht verbindliche Vorgaben für die Regionalplanung der drei hessischen Regierungsbezirke (Regionalpläne).

von: Dr. Maren Heincke, Referat Ländlicher Raum
➔ m.heincke@zgv.info

Im Landesentwicklungsplan (LEP) sind die Gebietskategorien ländliche Räume, Ordnungsräume und Verdichtungsräume ausgewiesen sowie die zentralörtlichen Funktionen der Ober- und Mittelzentren. Anforderungen an die Siedlungs-, Verkehrs-, Versorgungs- und Freiraumstruktur werden beschrieben. Die Schutzansprüche für die natürlichen Ressourcen, Klima und Hochwasser werden benannt. Zentral für den LEP sind außerdem die Prognosen zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung der verschiedenen hessischen Regionen.

Die Neuaufstellung des LEPs geschah um mehrere Jahre zeitverzögert. Neben mehreren positiven Detail-Veränderungen wie einem generellen Fracking-Verbot bestehen aus kirchlicher Sicht jedoch auch stärkere Mängel. Insbesondere mangelt es an einer größeren „räumlichen Vision“ für Hessen. Eine breite gesellschaftliche

Diskussion der landesplanerischen Grundsätze wäre für eine nachhaltigere räumliche Entwicklung hilfreich.

Räumliche Spaltung vermindern

Am raumplanerischen Leitbild der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den städtischen und ländlichen Regionen sollte festgehalten werden. Gleichwertigkeit bedeutet jedoch nicht Gleichheit. Sondern das Festhalten am Grundprinzip der Ausgleichsorientierung und gegenseitiger Verantwortungsgemeinschaften zwischen den unterschiedlichen Raumstrukturtypen.

Seit mehreren Jahren verstärkt sich die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Fragmentierung der Gesellschaft. Zusätzlich setzt eine zunehmende räumliche Segregation unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen ein. Sich verfestigende

städtische „Problemviertel“ wie auch die fortgesetzte Spaltung zwischen urbanen und ländlichen Räumen gefährden teilweise den sozialen Frieden.

Die reine Konzentration von Menschen und Ressourcen auf Stadtagglomerationen bei gleichzeitiger materieller Marginalisierung und kultureller Abwertung ruraler und kleinstädtischer Regionen tragen zu politischen Destabilisierungsprozessen bei. Dies zeigt sich unter anderem am stark unterschiedlichen Wahlverhalten von Stadt und Land.

In Hessen setzt sich bisher die demografische und räumliche Spaltung aufgrund von sich selbst verstärkenden Prozessen mit ungebremsbarer Dynamik fort. Negativen Abwärtsspiralen in schrumpfenden ländlichen Räumen stehen Überhitzungssituationen in der wirtschaftsstarke Rhein-Main-Region gegenüber. Sowohl die peripheren Regionen als auch die urbanen Zentren benötigen konsequent an mehrdimensionalen Nachhaltigkeitszielen ausgerichtete räumliche Entwicklungskonzepte, um gravierende Fehlentwicklungen zu verhindern. Langfristiges Ziel muss die Erhöhung der jeweiligen räumlichen Resilienz und der Lebensqualität der Menschen sein. Eine rein einseitige Orientierung an ökonomischen Wachstumsperspektiven verursacht eine Fragilität der Regionen.

Städte resilienter gestalten

Die Chancen und Risiken vieler die Raumentwicklung treibenden Faktoren wie die Verknappung fossiler Brennstoffe, Klimawandel, Digitalisierung oder Migrationsbewegungen sind noch nicht völlig klar. Bereits jetzt ist aber deutlich, dass der reinen Urbanisierungsdynamik mit dem raschen Zuzug vieler Menschen in die Oberzentren in Hessen harte Grenzen gesetzt sind. Steigende Kapazitätsbeschränkungen bestehen bei der Wohnungs-, Verkehrs-, Technik- und Sozialinfrastruktur. Die Umweltqualität der



Apfelbaumblüte in der Wetterau

Städte sinkt aufgrund von Lärm- und Luftbelastungen.

Die deutliche Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus sowie von lokalen Begegnungsstätten sind wichtig. Bei der neuen Baugebietskategorie „Urbane Gebiete“ sollten die Konfliktminimierung und der Schutz der menschlichen Gesundheit im Vordergrund stehen. Die Mobilitätsplanungen müssen sich konsequent an den Zielen der Effizienz sowie der Umwelt- und Sozialverträglichkeit ausrichten (u. a. Verbesserungen des ÖPNV und des Rad- und Fußverkehrs). Der rapide Flächenverbrauch ist konsequent einzudämmen. Freiräume haben wichtige ökologische Funktionen als Frischluftschneisen, sind aber ebenso wichtig als Sozialräume z. B. zur kostenlosen Sportausübung.

Chancen polyzentrischer Strukturen nutzen

Hessen hat eine gute Ausgangsposition, Gegengewichte zur schnell expandierenden Urbanisation zu setzen. Denn in größeren Regionen Hessens bestehen polyzentrische Strukturen aus Klein- und Mittelstädten. Sie bilden sinnvolle Zwischenstrukturen zwischen Agglomeration und Dekonzentration.

Entsprechend dem Leitbild der Subsidiarität sollten dort individuelle Ortentwicklungen ermöglicht werden. Gleichzeitig sollten die regionale Vernetzung und Abstimmung von Ortschaften verschiedener Größenordnungen forciert werden. Klare (Neu-)Zuweisungen zentralörtlicher Funktionen sind dafür nötig. Ökologische Verbesserungspotenziale bestehen über eine restriktive Flächenhaushaltspolitik sowie die Erhöhung der Ressourcen- und Energieeffizienz.

Ländliche Räume stärken

Ländliche Räume sind nicht lediglich „Ergänzungs- oder Resträume“ gegen-

über dem Verdichtungsraum. Es ist eine zentrale Frage der gesellschaftlichen Solidarität, die Belange der Menschen auf dem Land politisch ernst zu nehmen. Die raumwirksame öffentliche Fördermittelpolitik sollte deshalb so ausgestaltet sein, dass ländliche Räume einerseits eigenständige, attraktive Lebens- und Wirtschaftsräume bilden können und andererseits ihre funktionale Vernetzung mit benachbarten Räumen gestärkt wird.

Zur ökonomisch tragfähigen Sicherung und Anpassung der bisherigen sozialen und technischen Infrastruktur sind zeitliche und räumliche Flexibilisierungen der Organisations- und Angebotsformen sowie spezifisch angepasste Messzahlen nötig. Bei der Frage der Kosten des Infra-

ausrichten. Per schnellen, konsequenten und flächendeckenden Breitbandausbau mit Glasfaserkabeln sollte die bestehende digitale Abspaltung ländlicher Räume endlich beendet werden. Diese Überlegungen spiegeln sich auch in der durchgeführten Themensitation „Entwicklung des ländlichen Raumes“ der EKHN wider.

Auf 21 Prozent der Landesfläche Hessens sind ökologisch wertvolle Lebensräume als Schutzgebiete ausgewiesen. Trotzdem weisen lediglich 15 Prozent der 46 geschützten natürlichen Lebensraumtypen einen günstigen Erhaltungszustand auf. Hier besteht dringender politischer Handlungsbedarf!

Neudiskussion zur Bedeutung „Zentraler Orte“ gezielt führen!

Die jeweilige Einstufung von Kommunen als „Zentrale Orte“ ist ein wesentlicher Bestandteil jedes LEPs und hat Auswirkungen auf den kommunalen Finanzausgleich. Das Land Hessen hat trotzdem beschlossen, die Frage der „Zentralen Orte“ erst in Zukunft in einer überparteilichen Expertengruppe zu bearbeiten. Diese zeitliche Herausforderung der notwendigen politischen Auseinandersetzungen ist problematisch.

Denn seit vielen Jahren zeigen wissenschaftliche Untersuchungen, dass bei vielen nord- und mittelhessischen Mittelzentren ihre derzeitigen zentralörtlichen Funktionen aufgrund von gravierenden Auslastungs- und Tragfähigkeitsproblemen deutlich infrage stehen. Das Zentrale-Orte-System spielt in den dünn besiedelten Gebieten Nord- und Mittelhessens jedoch eine wesentliche planerische Rolle zur Aufrechterhaltung der flächendeckenden Daseinsvorsorge. Kirchlicherseits wird deshalb empfohlen, dass nicht nur die Einwohnerschwellenwerte, sondern vor allem die zu erfüllenden Funktionen das ausschlaggebende Kriterium für die zentralörtliche Einordnung bilden sollen. ■



strukturerehalts sollten die langfristigen gesamtgesellschaftlichen Verwerfungskosten von „abgehängten Regionen“ einkalkuliert werden.

Für die besonders stark schrumpfenden ländlichen Räume in Hessen sollten ein „Masterplan Demografie“ sowie entsprechende konzertierte Aktionen entwickelt werden. Dabei sollten vulnerable und räumlich eingeschränkte Bevölkerungsgruppen besonders im Fokus stehen. Die Dorfentwicklung sollte sich noch stärker an der (sozialen) Daseinsvorsorge

Veränderung der Lebenswelt junger Menschen und der Einfluss der Digitalisierung

Was ist jungen Menschen wichtig? Welche Werte spielen für junge Menschen eine Rolle?

Nach der Shell-Jugendstudie 2015 sind es klassische Werte, wie ein gut funktionierendes Familienleben (90 Prozent) und ein sicherer Arbeitsplatz mit 71 Prozent. Ihnen ist wichtig, sich umweltbewusst zu verhalten (66 Prozent) und sozial Benachteiligten und Randgruppen zu helfen (60 Prozent). Für die kirchliche Jugendarbeit interessant ist, dass der Glaube an Gott zu 33 Prozent als wichtiger Wert angesehen wird. Weiter ist zu beobachten, dass das Interesse von Jugendlichen an Politik im Vergleich zu den vorherigen Erhebungen gestiegen ist (2002: 30 Prozent; 2010: 36 Prozent; 2015: 41 Prozent). Dies wird verstärkt, da es für 32 Prozent der Jugendlichen wichtig ist, sich politisch zu engagieren (vgl. Shell-Jugendstudie 2015; Werteorientierung; vgl. ebd.; Familie und Beruf).



von: Annika Gramoll, Referat Jugendpolitische Bildung
 ➔ a.gramoll@zgv.info

Wird das in Verbindung mit dem 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung gebracht, finden sich diese Werte in den drei zentralen Herausforderungen wieder, die laut dem Bericht die heutige Jugend kennzeichnen. Zunächst wird die Qualifizierung als Kernherausforderung im Jugendalter definiert. Dies baut auf der Annahme auf, dass formale Bildungsstrukturen sowie freiwillige Qualifizierungsmaßnahmen wie z. B. die JuLeiCa (Jugendleiterkarte), entscheidende Weichenstellungen für das Leben sind und die alltägliche Erfahrungswelt stark prägen (vgl. DJI Impulse, Nr. 115, S. 6). Als zweite Herausforderung wird die Verselbstständigung benannt, mit der die Erwartung verbunden ist, „dass junge Menschen soziale, politische und ökonomische Eigenständigkeit entwickeln, wodurch sich ihre Beziehungen zur Herkunftsfamilie, zu pädagogischen Institutionen und sozialen Diensten, aber auch zu Gesellschaft und Politik verändern.“ (DJI Impulse, Nr. 115, S. 6). Als dritte Komponente ist die Selbstpositionierung benannt, mit der junge Menschen „im Verhältnis zu ihren Mitmenschen, zur Gesellschaft aber auch zu den gesellschaftlichen und politischen Werten einen Standpunkt und Urteilskraft entwickeln: eigene Haltungen finden, eigene Meinungen vertreten, eigene Wege gehen.“ (ebd., Nr. 115, S. 7).

Digitalisierte Lebenswelt

Alltäglich für junge Menschen ist das Smartphone. Laut der JIM-Studie 2017 besitzen 97 Prozent der Jugendlichen zwischen 12 und 19 Jahren ein Smartphone (vgl. JIM-Studie S. 8). Diese Zahl belegt, dass es im Leben junger Menschen nicht mehr wegzudenken ist. Doch was machen Jugendliche mit dem Gerät?

Sie hören Musik, schauen Videos und nutzen es hauptsächlich zur Kommunikation über WhatsApp, Facebook, Instagram oder Snapchat (vgl. ebd. S. 13, 33). Jugendliche nutzen ihr Smartphone täglich, wenn es jedoch um die Glaubwürdigkeit von Medien in Bezug auf Nachrichten geht, geben sie von sich aus die Tageszeitung als vertrauenswürdigstes Medium mit 41 Prozent an. Als kritisch zu betrachtende Quelle wird das Internet mit 15 Prozent bezeichnet (vgl. JIM-Studie 2016, S. 13). Dies deckt sich mit den Erhebungszahlen der Shell-Studie von 2015 zum kritischen Umgang mit Social Media. Dort geben rund 44 bis 46 Prozent der Jugendlichen zwischen 12 und 14 sowie 22 und 25 Jahren an, dass sie mit ihren persönlichen Daten im Internet vorsichtig umgehen und sich zu 52 bis 61 Prozent darüber im Klaren sind, dass große Konzerne wie Google mit ihren Daten Geld machen (vgl. Shell-Jugendstudie 2015; Internet und Social Media). Auf diesem

Hintergrund ergibt sich ein Auftrag für die Jugendarbeit, sich mit dem Thema unbedingt auseinanderzusetzen und Heranwachsende auf ihrem Entwicklungsweg zu einem bewussten, reflektierten Umgang mit digitalen Medien zu begleiten.

Interesse von Jugendlichen aufnehmen

Da ein großer Teil (83 Prozent der Jungen, 41 Prozent der Mädchen, JIM-Studie 2017, S. 48) der täglichen medialen Beschäftigung Computer-, Konsolen-



oder Onlinespiele sind, über die ebenfalls stark kommuniziert wird, kooperierte das ZGV in diesem Jahr wieder mit dem Infocafé Neu Isenburg. In dem Projekt besuchten Jugendliche in Begleitung von Betreuern die gamescom 2017 in Köln am Fachbesucher*innentag. Die gamescom ist die zweitgrößte Messe für interaktive Unterhaltungselektronik weltweit und schließt damit direkt an das Interesse der beteiligten Jugendlichen an. Grundsätzlich ging es bei dem Besuch um die Beobachtung, wie sich die Spieleindustrie präsentiert, und in Gesprächen mit Vertretern von Electronic Arts (EA) und Koch Media, um Vermarktungsstrategien, Verbreitung der Produkte und Hintergründe der Spieleentwicklung. Die Jugendlichen hatten den Auftrag, Artikel zu schreiben und so einerseits als Fachbesucher die Industrie kritisch zu hinterfragen und andererseits die Möglichkeit, das Aufgebot zu erleben, das vor Ort geboten wurde. Das Bestreben war, das Interesse der Jugendlichen an der Spieleindustrie aufzunehmen und ihnen die Möglichkeit zu bieten, hinter die Kulissen der Spiele, die sie gerne spielen, zu schauen. Während des Besuchs und aus den Berichten zeigte sich, dass die Jugendredakteure allein schon von der Größe der Messe stark beeindruckt waren und durch Termine mit Insidern aus dem Spielemilieu wie Vertretern von Electronic Arts und Koch Media als Gesprächspartner wahrgenommen wurden. Besonders interessierte sie die Spieleentwicklung. Überrascht waren sie vom

großen Aufwand und der großen Zahl an Personal. Kritisch merkten die Jugendredakteure die Entwicklung an, dass nun auch bei großen Spielen wie Star Wars Battlefront (Electronic Arts) Echtgeldkäufe im Spiel möglich sind. Somit sei das Spielverhältnis gestört, da sich Vorteile im Spiel erkaufen werden können.

Im Abschlussgespräch zeigte sich, dass die Jugendlichen mit den erworbenen Hintergrundinformationen Strategien der Gamingindustrie nicht mehr nur als reine Endbenutzer, sondern reflektiert wahrnehmen konnten.

Beteiligungswünsche junger Menschen ernst nehmen

Der 15. Kinder- und Jugendbericht des Deutschen Bundestages 2017 stellt die berechtigten Fragen:

„Wie ernst nehmen Gesellschaft und Politik die Beteiligungswünsche und Forderungen junger Menschen? Wie wird auf die Lebenswelt junger Menschen eingegangen? Wo entstehen ernsthafte Angebote zum Dialog? Welche Konsequenzen werden daraus gezogen?“ und kommt zu folgenden Antworten:

„Trotz mancher ‚Beteiligungsoffensiven‘ in regionalen und überregionalen Kontexten bleibt vieles offen. Zu sehr sind zahlreiche Orte der Beteiligung eher noch Orte des Experimentierens und des Ausprobierens. So wichtig das im Einzelfall durchaus ist, so wenig aber enthalten diese Formate nachhaltige Entscheidungs- bzw. Mitwirkungsmöglichkeiten.“

LITERATUR:

Shell Jugendstudie 2015

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (LFK, LMK): **JIM-Studie 2016** – Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland (2016).

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (LFK, LMK): **JIM-Studie 2017** – Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland (2017).

Deutscher Bundestag (2017); **15. Kinder- und Jugendbericht**. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/11050.

Rauschenbach, Thomas: **Jugend – eine vernachlässigte Altersphase** (2017). Hrsg. Deutsches Jugendinstitut e. V.; aus DJI Impulse – Das Bulletin des deutschen Jugendinstituts 1/2017, S. 4–7.

In vielen Projekten bleibt auch die Reichweite und Wirkung der Beteiligung ungeklärt. Es wundert daher nicht, dass die Teilnahmeintensität und die Motivation Jugendlicher in bisherigen Beteiligungsprozessen nicht besonders hoch sind, wenn kaum verantwortliche Einflussnahme gegeben ist.“ (15. Kinder- und Jugendbericht, S. 474).

Dies ist ein Plädoyer dafür, junge Menschen zu fragen, was sie im Leben bewegt, den Willen zu haben sie zu verstehen und sie aktiv und ernsthaft in das gesellschaftspolitische Leben einzubinden, ihnen Teilhabe zu ermöglichen und somit Handlungsräume zu eröffnen.

Im ZGV wird daran auf verschiedenen Ebenen gearbeitet, bundesweit mit der Mitgliedschaft in der evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung und EKHN-weit sowie regional-außerkirchlich in der Beteiligung an Gremien und Vernetzung mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Arbeitsbereich. ■

Jugendliche des Infocafés Neu Isenburg auf der gamescom 2017 in Köln



Sorge um Demokratie gilt auch für die eigenen Reihen: Hilfestellung für Haupt- und Ehrenamtliche in Kirche zum Umgang mit demokratiefeindlichen Tendenzen

In vielen Ländern der Welt erstarben rechte Parteien und Bewegungen. Deutschland erlebt seit Sommer 2015 die größte Welle rassistischer Gewalt seit über 20 Jahren: 2016 zählte die Bundesregierung über 3.500 Straftaten gegen geflüchtete Menschen.

Mit dem Einzug der „Alternative für Deutschland“ (AfD) in den Bundestag stellt sich auch für Christinnen und Christen besonders aktuell die Frage, wie sie als Individuen und Kirchengemeinden mit antidemokratischen Aussagen und Handlungen in einer aufgeheizten gesellschaftlichen Stimmung umgehen können. Daran knüpft die Frage an, was Kirche zur Stärkung der Demokratie beitragen kann.



von: Matthias Blöser, Projekt Demokratie stärken
 → m.bloeser@zgv.info

Der Einzug der AfD kann zunächst als Demokratisierung verstanden werden, da sie für Positionen eintritt, durch die sich ihre Wählerinnen und Wähler im Parlament besser vertreten fühlen. Problematisch sind jedoch viele inhaltliche Positionen und die Rhetorik vieler AfD-Vertreterinnen und -Vertreter. Durch Begriffe wie „Altparteien“, „Lügenpresse“ und „Volksverräter“ wird ein verzerrtes Bild von politischem System und Medien gezeichnet und die Basis für den demokratischen Diskurs unterminiert.

Wenn der Islam pauschal einer politischen Ideologie gleichgesetzt wird und dem Islam die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit abgesprochen wird, ist gerade die Kirche gefordert, dies deutlich zu kritisieren. Demokratie basiert auf gleichen Rechten für alle. Die Würde eines jeden Menschen ist vom Staat zu schützen. Zur demokratischen Kultur gehören Dialog und Aushandlungsprozesse. In der aufgeheizten Stimmungslage, in der seit Jahren von einer „Flüchtlingskrise“ gesprochen wird, ist ein Dialog schwieriger geworden. Umso wichtiger ist es, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie Politikerinnen und Politiker am Dialog festhalten und Wege der Verständigung suchen. Dies bedeutet jedoch nicht Aufgabe unverhandelbarer Positionen wie das Menschenrecht auf Asyl und das Ablehnen menschenverachtender Äußerungen. Die Grenze des Sagbaren hat

sich merklich verschoben. Wenn beispielsweise Björn Höcke nicht „nur“ von einem „Mahnmal der Schande“ redet und so die Vernichtung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden in Deutschland relativiert, sondern offensiv eine „erinnerungspolitische Wende“ um 180 Grad fordert, ist eine rote Linie deutlich überschritten. Dies muss die Kirche klar benennen und Position für Demokratie, Menschenrechte und geschichtliche Verantwortung beziehen.

Rechtspopulismus, Konflikt und Konsens

Rechtspopulismus ist eine politische Strategie, die autoritäre Vorstellungen vertritt und rassistische Vorurteile nutzt und verstärkt. Tabubrüche sind kalkuliert inszeniert, um die öffentliche Debatte mit eigenen Themen und Deutungsangeboten zu bestimmen. Populisten behaupten, den einzig wahren Volkswillen zu kennen und diesen als einzige ausführen zu können. In der Demokratie tritt das Volk jedoch nur im Plural auf – so der Sozialphilosoph Jürgen Habermas. Das Staatsvolk ist genauso wenig homogen wie das Kirchenvolk. Um Konsens und Konflikt muss gerungen werden, um Lösungen und Kompromisse für widerstreitende Interessen in Kirche und Gesellschaft zu finden. Im Kontext dieser Debatte hat die EKD die Denkschrift „Konsens und Kon-

flikt. Politik braucht Auseinandersetzung“ herausgegeben. Darin betont sie die Normalität von Konflikten in der Demokratie, die auf ein breites Meinungsspektrum im politischen Aushandlungsprozess angewiesen ist, um verschiedene Positionen und Interessen in einen „förderlichen Ausgleich“ zu bringen. Damit dies gelingt, fordert das Papier, „Strukturen und Mentalitäten zu schaffen, die dabei helfen, mit Konflikten und Dissonanzen so umzugehen, dass deren destruktives Potenzial eingehegt wird“. Diese Herausforderung sollte die Kirche annehmen und selbst Ort demokratischer Beteiligung sein.

Um dies zu erreichen, dürften laut EKD-Papier Gewalt und Rassismus keinen Platz im demokratischen Wettstreit haben, vorschnelle Ausschließungen missliebiger Meinungen aber auch nicht. Kirche kann tatsächlich widerstreitende Positionen im Diskurs zusammenbringen. Sie ist jedoch keine neutrale Moderatorin, sondern positioniert sich klar für das menschenfreundliche Evangelium. Seine frohe und befreiende Botschaft ruft Christinnen und Christen dazu auf, die Würde eines jeden Menschen zu achten und zu verteidigen.

Nächstenliebe gegen Menschenfeindlichkeit

Grundlage christlichen Glaubens und Handelns ist das Gebot der Nächsten-

liebe. Christinnen und Christen sind angesprochen, in Nächsten und auch im „Fremden“ sich selbst zu erkennen. Mit Martin Buber gesprochen: Du sollst deinen Nächsten lieben, er ist wie du. Mit dieser Grundhaltung können Christinnen und Christen Nächstenliebe leben und Klarheit zeigen gegenüber Menschenfeindlichkeit. Ideologien der Ungleichwertigkeit, Volksverhetzung, Verächtlichmachung politischer Gegnerinnen und Gegner, Abwertung von Angehörigen bestimmter Gruppen und weitere Handlungen, die den gesellschaftlichen Frieden gefährden, sind aus christlicher Sicht unmissverständlich abzulehnen. Menschen sind vielfältig und gleichwertig zum Ebenbild Gottes geschaffen.

„Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit.“ (2 Timotheus 1,7)

Mit diesem Satz spricht Apostel Paulus seinem Täufling Timotheus Mut zu. Der Glaube kann in unübersichtlichen und beängstigenden Situationen auch heutzutage helfen. In vielen Kirchengemeinden gibt es den Wunsch, Ängste und Polarisierungen in der Gesellschaft durch Gesprächsangebote abzubauen. Ein christlich geprägter Dialog im Geist der Liebe und der Besonnenheit kann tatsächlich helfen, Polarisierungen zu überwinden. Dazu bedarf es notwendigerweise politischer Antworten auf Globalisierung, sozialen Wandel und Abstiegsängste. Hier kann Kirche soziale Verwerfungen kritisieren, Alternativen aufzeigen und zu-

gleich eine grundlegende Zuversicht in die Gestaltungs- und Veränderungsfähigkeit von Politik verbreiten.

Heimat und Identität

Derzeit läuft eine gesellschaftliche Auseinandersetzung um Begriffe wie Volk, Identität und Heimat. Die Botschaft Christi gilt allen Menschen gleichermaßen und taugt nicht zur Vereinnahmung durch eine nationale Identität. Die deutsche Geschichte mit zwei Weltkriegen, die auch mit theologischen Begründungen geführt wurden, mahnt eine universale, nicht national begrenzte Auslegung des Evangeliums an. Kirche und Glaube bieten Heimat und Identität. Heimat hat nach biblischer Tradition keinen eigenständigen religiösen Wert, sondern ist ein von Gott geschenkter Lebensraum, der offen ist für Fremde. Die eigentliche Heimat finden Christinnen und Christen im Glauben an und bei Gott. Sie haben „hier keine bleibende Stadt“ (Hebräerbrief 13,14). In Christus finden sie eine gemeinsame Identität, eine Gemeinschaft der Heiligen und eine gestalterische Freiheit. Christus bietet Freiheit und Geborgenheit wie es Psalm 31 sagt: „Du stellst meine Füße auf weiten Raum.“ So kann Kirche authentisch eine menschenfreundliche Heimat ohne Ausgrenzung mitgestalten.

Klare Position der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Die EKHN engagiert sich für ein Zusammenleben in Frieden, Freiheit und Vielfalt.

NEUES PROJEKT:

„Demokratische Kultur in der Gesellschaft stärken. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“

Der Politikwissenschaftler Matthias Blöser arbeitet seit 1. September 2017 im ZGV auf der auf sechs Jahre befristeten Projektstelle.

Seine Aufgaben liegen im Aufbau eines fachpolitischen Netzwerks in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, in der fachlichen und strategischen Beratung der Kirchenleitungsgremien und der Evangelischen Dekanate. Darüber organisiert er Veranstaltungen und ist als Referent tätig.

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau hat die Projektstelle eingerichtet, um ihr Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu verstärken und öffentlich für eine demokratische und offene Gesellschaft einzutreten.

Kontakt

Matthias Blöser
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN
Albert-Schweitzer-Straße 113–115
55128 Mainz
Telefon: 06131 2874460
E-Mail: m.bloeser@zgv.info

Sie reflektiert ihr Handeln und entwickelt Positionen weiter. Ein Beispiel ist die Segnung von gleichgeschlechtlichen Paaren und deren Anerkennung als Teil der Schöpfung. Entgegen anderer sich christlich verortender Stimmen sieht die EKHN die Ehe für alle als Fortschritt, der eine Diskriminierung beendet und die Institution Ehe stärkt. Menschen übernehmen in Ehe und Familie dauerhaft und verlässlich Verantwortung füreinander – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung. Das EKHN-Papier „Familie in der Vielfalt“ zeigt, wie Kirche Familien in allen Lebenslagen unterstützen kann, ohne eine Familienform gegen andere auszuspielen. Die EKHN beteiligt sich mit konkreten Angeboten in der pluralen Demokratie – als eine profilierte Stimme unter vielen. Gleichzeitig ist jede Christin und jeder Christ herausgefordert, sich in Kirche und Gesellschaft demokratisch einzubringen. Ein guter Leitsatz: Nächstenliebe leben, Klarheit zeigen. ■



Von Gott reden an alltäglichen Orten



Drei Aktionstage hat das Evangelische Dekanat Vorderer Odenwald genutzt, um im Reformationsjubiläumsjahr an alltäglichen Orten mit Pendlern, Flohmarktbesuchern und Wartenden über ihren Alltag ins Gespräch zu kommen. Das Ziel: zeigen, dass in einer säkularen Gesellschaft sehr wohl Fragen nach Lebenssinn und Glaube im Alltag gestellt werden.

von: Annette Claar-Kreh, Referentin für Gesellschaftliche Verantwortung im Ev. Dekanat Vorderer Odenwald
 ☞ claar-kreh-vorderer-odenwald@ekhn-net.de



ihnen ins Gespräch kommen über ihre Arbeit, über das, was sie bewegt und umtreibt: Ärger, Prüfungen, Langeweile, Tretmühle oder neue Perspektiven. Welchen Sinn können sie hinter ihrem Tun sehen?

Und sie erfahren viel in diesen kurzweiligen Begegnungen am Bahnsteig, die getaktet sind von den ankommenden und abfahrenden Zügen. Da ist der Mann, der in den frühen Morgenstunden seine Reise nach Asien beginnt. Da ist die Frau etwas über 50, die fünf Kinder zwischen 9 und 19 Jahren hat, eine Pflegeausbildung macht und an diesem Morgen eine Klausur schreibt. Am Wochenende hat sie noch mit ihren jüngsten Kindern Kommunion gefeiert. Sie freut sich über die guten Wünsche, die ihr mit auf den Weg gegeben werden. Genauso wie eine junge Frau, bei der sich an diesem Morgen entscheidet, ob sie eine Ausbildung in der Werbeagentur machen kann, in der sie gerade ein Praktikum absolviert.

Aus den Pappbechern dampft der Kaffee. Ein besonderes Angebot an diesem Bahnhof ohne Infrastruktur, das so manchen überrascht und Auftakt für ein Gespräch sein kann. Am Ende gibt's einen Segen oder auch „nur“ einen guten Wunsch. Die positive Erfahrung: Kaum jemand hat ein Gespräch abgelehnt.

Gesellschaftliche Verantwortung, was bedeutet das eigentlich im Reformationsjubiläumsjahr?“, haben wir uns im Evangelischen Dekanat Vorderer Odenwald gefragt. Herausgekommen ist eine dreifache Aktion, die entdecken wollte, wie Menschen im Alltag ihren Glauben mit ihrem Leben verbinden. Denn die Reformatorinnen und Reformatoren ernst genommen heißt, dass der mündige Bürger selbst vor Gott sein Leben verantwortet – in aller Freiheit, mit allen Fragen und allem Vermögen.

Ein Team aus sehr unterschiedlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat sich auf den Weg gemacht zu Alltagsorten und in Alltagssituationen: So z. B. an einem Montagmorgen im April, früh um 6.30 Uhr an einem Bahnhof.

Montagmorgen auf dem Weg in die neue Woche

Für viele Menschen beginnt die neue Arbeitswoche am Bahnsteig. Die Mit-



Arbeitseinsatz an Bahnsteig 1

arbeitenden haben einen Pavillon auf dem Parkplatz aufgebaut, mit Kreuz und dampfendem Kaffee und Tee. Mit dabei: zwei Ehrenamtliche, ein Notfallseelsorger, eine Klinikseelsorgerin sowie die Bildungsreferentin und die Referentin für Gesellschaftliche Verantwortung im Dekanat, die die Aktionen koordiniert haben.

Sie alle sind neugierig und wollen hören, wie Pendlerinnen und Pendler die Woche beginnen. Und sie wollen mit

„Geschenkt – wo gibt's denn sowas!“

Aktion Nr. 2 fand an einem Flohmarkt samstags im Juni statt. Wochenende. Die Menschen haben Zeit zum Stöbern. Die Flohmarktbestücker waren noch früher, um die besten Plätze für Trödel, Tand und Allerlei zu bekommen und feil zu bieten. Früh sind aber auch die Schnäppchenjäger. Und gefeilscht und gehandelt wird auch. Und dann gibt es einen Stand, an



Das Aktionsteam des Dekanats Vorderer Odenwald

dem gibt es wieder Kaffee und Tee. Kostenlos, geschenkt. Nanu?

Und auch auf dem Standtisch findet sich so mancherlei für Nullkommanichts. Schmuck z. B., Kinderspiele, Tassen oder: Engel. „Und der kostet wirklich nichts?“, lautet die Frage der Interessentin. „Nein, denn Sie sind ja auch ein Geschenk“, die verblüffende Antwort von Pfarrerin Bettina von Bremen. An diesem Tag ging es ums „Suchen und Finden“. Ins Gespräch kam man dann, wenn es darum ging, den Preis auszuhandeln. Für viele war es schwierig, dass sie alles geschenkt bekamen. Nein, auch keine Spende. Geschenkt, wie das Leben. Und da wurde es interessant: „Ja, das stimmt. Mir ist viel geschenkt worden!“ war so eine der Antworten. Hinterfragt wurden auch die Motive des Suchens: Wer sammelt was und warum? Was also ist eigentlich kostbar und wertvoll? Oft eben nicht das Perfekte, sondern das in den eigenen Augen Schöne und Besondere.

Notfalls mit Händen und Füßen

Die letzte Aktion fand im Wartebereich des Landratsamtes statt. Dort, wo der Führerschein beantragt werden kann, der Pflegestützpunkt sich befindet und das Amt für Ausländerwesen. Es sollte hier ums „Warten“ gehen. Darum, wie wir unsere Zeit verbringen. Ob die Menschen diese Zeit als sinnvoll ansehen oder als



Dekan Meyer im Gespräch mit einem Flüchtling

verdrödelte Zeit. Doch es wird anders als geplant an diesem Vormittag. Denn hier geht es um Vergangenheit und Zukunft, um unterschiedliche Schicksale und Chancen, um Arbeitserlaubnis und Aufenthaltsstatus und darum, die Monitore zu verstehen, die anzeigen, wann welche Nummer in welches Zimmer darf. Und



So kommt man ins Gespräch: Mit Kaffee und Tee auf Menschen zugehen

manchmal geht es auch ums neue Auto: Eine ältere Dame tritt mit zwei Nummernschildern unter dem Arm durch die Glas-tür. Junge Mütter schaukeln ihre Babys im Arm. Ein Ehepaar aus China ist erst eine Woche in Deutschland, beide arbeiten bei Merck und sprechen fließend Englisch. Aber die Mehrheit der Wartenden ist wegen ihrer Duldung und Aufenthaltsgenehmigung da. Viele auch mit Begleitern aus den Flüchtlingsinitiativen.

Wie kommt man ins Gespräch, wenn man unterschiedliche Sprachen spricht? Es sind am Ende vor allem Gespräche mit Füßen und Händen. Dekan Joachim Meyer, Teil des Teams, freute sich über die große Offenheit und Bereitschaft, auf minimaler Ebene zu kommunizieren.

„Ich erlebe hier, wovon auf politischer Ebene gesprochen wird“, so Meyer, der dem Fachbeirat „Flucht und Integration“ des Landkreises Darmstadt-Dieburg angehört. Das sei eine neue Erfahrung, eine Basiserfahrung. Was ihm noch auffällt: „Alle sagen, wie wichtig es ihnen ist, in Deutschland zu sein.“

Deutschland ist „peace“

Eine andere Mitarbeiterin versucht, mit einem jungen Afrikaner ein Sudoku zu lösen, doch es will nicht recht gelingen. Beide lachen. Er ist 22, kommt aus Somalia, lebt mit Frau und Kind in Pfungstadt. In sein Herkunftsland hat er keine Kontakte mehr. Sein Bruder ist tot, was mit dem Rest der Familie ist, weiß er nicht. Somalia – das ist für ihn Hunger, Durst, Tod. Er möchte hier bleiben, Kfz-Mechatroniker werden, wenn er die Schule fertig hat, und seine Frau Krankenschwester, erzählt er, jetzt ganz ernst. „Deutschland ist peace“, das haben die Teamer ganz oft in den Gesprächen gehört – nicht das deutsche Wort „Frieden“, sondern immer das englische. „Was Integration sein kann, habe ich heute Morgen in einigen Begegnungen erlebt“, resümiert Dekan Meyer, „etwa wenn ehrenamtliche Deutsche Flüchtlinge aufs Amt begleiten und ihnen zur Seite stehen.“

Dahin gehen, wo die Menschen sind, ihnen zuhören, offen sein, nicht im kirchlichen Raum verharren, das wollte das Team von „Von Gott reden“ mit ihrer Aktion umsetzen. Fortsetzung nicht ausgeschlossen. ■

Wesentlich mehr als nur ein Benefizessen: Das Projekt „Tafel der Vielfalt“

Sich zusammen an einen Tisch setzen und eine Mahlzeit einnehmen – es gibt wohl kein älteres und kein universelleres Ritual, um Differenzen zwischen Menschen zu überwinden und auszuräumen.

An diesen Gedanken knüpfte das von mir ins Leben gerufene Projekt „Tafel der Vielfalt“



der Tafel im Hochtaunuskreis an: Ein gemeinsames Essen von Menschen aus unterschiedlichen Lebenswelten als Gelegenheit, sich gegenseitig besser kennenzulernen.

von: Dr. Tobias Krohmer, Referent für Gesellschaftliche Verantwortung im Dekanat Hochtaunus und Mitglied der Steuerungsgruppe der Tafel im Hochtaunus

☞ tobias.krohmer.dek.hochtaunus@ekhn-net.de



Ein Abendessen für die Unterstützer und Spender der Tafel im Hochtaunuskreis

Vom bloßen Fundraising-Event zum Beteiligungsprojekt

Ursprünglich sollte mit dem Projekt einfach ein Fundraising-Event zugunsten der Tafel auf die Beine gestellt werden. Wir wollten ein Benefizessen organisieren und damit Finanzmittel für die Tafelarbeit akquirieren. Umgesetzt und erreicht wurde am Ende dann wesentlich mehr: nämlich die Ermöglichung von Begegnung und Beteiligung. Dies hervorzuheben, findet auch Stefanie Limberg, die Leiterin des Diakonischen Werks Hochtaunus, das Träger der Tafel ist, wichtig. Denn den Tafeln werde ja nicht selten vorgeworfen, mit ihrer Arbeit Abhängigkeitsstrukturen zu verfestigen und so dem Klischee Vorschub zu leisten, sozial Benachteiligte seien zu nichts mehr fähig als dazu, Almosen zu empfangen.

„Mit der Tafel der Vielfalt konnte das genaue Gegenteil bewiesen werden“, so Limberg. Der Clou an der Sache war nämlich, dass die beim Benefizessen servierten Speisen von Tafelkunden selbst

zubereitet wurden – und zwar nach deren eigenen Rezepten. Die Akquise der Köchinnen und Köche sowie die Auswahl der Speisen waren dabei dem Grundsatz verpflichtet: je bunter desto besser. Wer wollte, durfte mitmachen – sei es mit oder ohne Migrationshintergrund –, und darüber, was sie kochen würden, entschieden die Beteiligten auch selbst.

Gekocht wurde gemeinsam in der Lehrküche der Philipp-Reis-Schule in Friedrichsdorf. Dort wurden die Speisen dann auch miteinander verzehrt. Dass die Köchinnen und Köche bei dem Essen mit dabei sein sollten, war nämlich ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt des Projekts. Zusammen mit den vielen, zum Teil prominenten, zahlenden Gästen aus dem Kreis – z. B. der Sozialdezernentin des Hochtaunuskreises und Schirmherrin der Veranstaltung Katrin Hechler – genossen die Tafelkunden an festlich dekorierten Tischen in der Mensa der Schule die von ihnen gemeinsam zubereiteten Köstlichkeiten und das bunte musikalische Rahmenprogramm.

Vielstimmigkeit ohne Kakophonie

Denn nicht nur für das körperliche, sondern auch für das „seelische“ Wohl sollte an diesem Abend gesorgt sein. Oder anders ausgedrückt: Zum Gaumenschmaus gab es noch den einen oder anderen Ohrensmaus. Auch hieran beteiligten sich Tafelkunden. So gab es u. a. Lieder aus Afghanistan zu hören, die von einem von dort Geflüchteten und seinem Sohn vorgetragen wurden, deren Familie von der Tafel mit Lebensmitteln versorgt wird.

Der Abend stellte dabei unter Beweis, dass das mittlerweile häufig verächtlich als „Multi-Kulti“ abgetane Miteinander von Menschen unterschiedlicher geografischer, kultureller, sozialer und religiöser Herkunft etwas überaus Wertvolles und Stimmiges hervorbringen kann: Die äthiopischen, ghanaischen, syrischen, türkischen, russischen, somalischen, italienischen, kubanischen und natürlich auch deutschen Gerichte harmonierten nämlich ebenso perfekt miteinander wie die klassischen, jazzigen, traditionellen und

poppigen musikalischen Darbietungen des Abends. Nichts und niemand hatte Grund dazu, sich fehl am Platze zu fühlen. Alles und alle hatten nicht nur ihre Berechtigung, da und dabei zu sein, nein, es war vielmehr so, dass, hätte nur etwas oder eine Person gefehlt, der Abend lange nicht so schön und rund geworden wäre, wie ihn dann alle Beteiligten empfanden.

Viele Köche verderben den Brei – nicht

Auf der Veranstaltung lag ein Segen. Dies zeigt sich auch daran, dass es gelang, unterschiedliche Organisationen und Ak-

als 4.000 Euro konnte sich das Ergebnis des Events absolut sehen lassen.

„Dieses Geld ist bei der Tafel gut aufgehoben“, betont Stefanie Limberg. Immerhin unterstütze kaum ein anderes soziales Angebot im Hochtaunuskreis einen derart breiten Querschnitt von benachteiligten Menschen – und das ausschließlich aus Spenden. „Zu den knapp 1.600 Kunden gehören kinderreiche Familien ebenso wie alleine stehende alte und kranke Menschen.“ Eine gesetzlich garantierte Grundfinanzierung wie bei anderen sozialen Angeboten gebe es nicht: „Die Tafel lebt allein aus der Freiwilligkeit“, so Limberg. „Sei es in Form von ehren-

neuen Tradition. Die Kreisbeigeordnete Katrin Hechler meinte jedenfalls schon am Abend des Benefizessens, es wäre schade, wenn es bei der zweiten Interkulturellen Woche im Hochtaunus keine Wiederauflage gäbe. Der tatkräftigen Unterstützung sowohl von denen, die bei der Realisierung mitgewirkt haben, als auch von denen, die bei dem Event dabei sein durften, kann man sich bei der Tafel offenbar sicher sein. Vor allem von den beteiligten Tafelkunden ist zu hören, es habe ihnen so viel Freude gemacht, dass sie gern wieder dabei sein möchten.

Deren großartige Unterstützung ermutigte uns federführend Verantwortliche



Gerichte aus der ganzen Welt werden vorbereitet



Musikalische Darbietungen machten den Abend rund

teure dafür zu gewinnen, das Projekt tatkräftig zu unterstützen. Hilfreich war hierbei sicherlich, dass die Veranstaltung von der Kreisverwaltung zur Abschlussveranstaltung der Interkulturellen Woche erkoren worden war, die im Herbst 2017 zum ersten Mal im Hochtaunuskreis begangen wurde. Aber dass es überhaupt dazu kam, hatte freilich auch damit zu tun, dass das Projekt an sich überzeugend war.

Uns hauptverantwortlichen Organisatoren vom Evangelischen Dekanat und dem regionalen Diakonischen Werk gelang es jedenfalls recht leicht, Unterstützung bei der AWO Hessen-Süd, der Musikschule Friedrichsdorf, der Konfirmandengruppe der Kreuzkirchengemeinde Oberursel, einer Reihe lokaler Unternehmen und Lebensmittelgeschäfte sowie beim Trägerverein der Mittagsverpflegung der Philipp-Reis-Schule zu finden. Dank dieses breiten Unterstützerkreises wurde die Veranstaltung zu einem Erfolg. Auch zu einem finanziellen. Denn das ursprüngliche Fundraisingziel konnte ebenfalls umgesetzt werden. Bei einer Höhe von mehr

DIE TAFEL IM HOCHTAUNUSKREIS:

Neben dem regionalen diakonischen Werk als Träger beteiligen sich u. a. auch der Caritasverband, die Johanniter und das Ev. Dekanat Hochtaunus als Unterstützer der Tafel.

www.bad-homburger-tafel.de

amtlichem Engagement, sei es in Form von Lebensmittelspenden von Geschäften, sei es in Form von finanziellen Zuwendungen.“ Gleichzeitig räumt Limberg ein, dass, egal wie gut das soziale Angebot der Tafel sei, es beklagenswert sei, dass es wegen der zu gering berechneten staatlichen Regelleistungen überhaupt notwendig sei.

Wiederholung nicht ausgeschlossen

Der große Erfolg der Tafel der Vielfalt und die rundweg positiven Reaktionen darauf von denjenigen, die an der Veranstaltung teilgenommen haben, geben Anlass dazu, an eine Wiederholung zu denken, vielleicht sogar an die Etablierung einer

der Tafel im Hochtaunus übrigens, darüber nachzudenken, Kunden auch außerhalb besonderer Anlässe bei der alltäglichen Tafelarbeit – in der Sortierung, der Lebensmittelausgabe und beim Fahrdienst – einzubeziehen. Für sie und die Tafel könnte sich dabei tatsächlich eine Win-win-Situation ergeben. Viele Engagierte bei der Tafel sind schon sehr lange dabei und nicht wenige davon haben ihr Engagement begonnen, als sie bereits im Rentenalter waren. Daher scheiden nun auch zunehmend Engagierte aus gesundheitlichen Gründen aus. Die körperlich teilweise sehr anspruchsvolle Tätigkeit kann von ihnen nicht mehr so einfach verrichtet werden. Nachdem sich bei der Tafel der Vielfalt in so positiver Weise gezeigt hat, wie gerne sich Kunden einbringen und beteiligen und welche wunderbaren Ressourcen sie mitbringen, wäre es jedenfalls schade, diesen Schatz nicht zu heben und für die Tafelarbeit fruchtbar zu machen. Und dem Vorwurf, lediglich „Armenspeisung“ zu organisieren, entzöge man damit auch die Grundlage. ■



AUS DER REGION

„Fremde. Heimat“ – Engagiert für eine gemeinsame Zukunft

Zur Eröffnung und einem Gesprächsabend zur Ausstellung „Fremde. Heimat“ luden das Evangelische Dekanat Ried, der Bund der Vertriebenen, das CaritasNetzwerk Gernsheim und die Bürgerstiftung Gernsheim im März ins Peter-Schöffers-Haus ein. Ehrenamtliche aus Gernsheim, Riedstadt und Hofheim erklärten ihre Motivation und das System der Hilfsangebote für Flüchtlinge. Die Flüchtlinge berichteten über ihre Vertreibung, ihre Flucht, ihre Ängste und Hoffnungen.



von: Heike Kissel, Referentin für Gesellschaftliche Verantwortung, und Heidi Schließer-Sekulla, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im Ev. Dekanat Ried
➔ heike.kissel.dek.ried@ekhn-net.de

„Ich bin ein Fremder gewesen und ihr habt mich aufgenommen.“ Dieser Satz aus dem Matthäus-Evangelium erinnert uns Christen daran, für Flüchtlinge, Schwache und Bedrängte einzutreten. Die Ausstellung *Fremde. Heimat*, konzipiert von Bernd Biewendt aus dem Evangelischen Dekanat Bergstraße, zeigt 17 großformatige Porträts von Menschen, die ihre Heimat verlassen haben und in die Fremde gegangen sind. Diese aussa-

gestärkten Bilder mit ihren Geschichten waren der Auslöser, die Situation der Geflüchteten im Ried in den Blick zu nehmen und allgemeine Formulierungen wie „Flüchtlingsstrom“ konkret zu machen.

„Wir haben alles verkauft, damit wir Geld für die Flucht hatten“

„Unser Land war einmal genau so schön wie Ihr Land“, erzählt Haneen AlNaasan,

eine junge Syrerin den rund 90 Zuhörenden, die zur Ausstellungseröffnung in das Heimatmuseum in Gernsheim gekommen sind. „Wir lebten ohne Furcht und Panik, das Leben war schön“, so Haneen AlNaasan weiter. Dann kam der Krieg und sie flüchtete vor dem Terror und den Bomben: „Wir haben Glück gehabt. Deutschland hat uns gerettet. Ich möchte Deutschland danken.“ Auch wenn die deutsche Sprache noch zögerlich aus ihr herausprudelt, versteht jeder der Anwesenden die Dramatik, die ihr und ihrer Familie widerfahren ist.

Ein junger Familienvater aus dem Irak ist gekommen, um von seinem Weg nach Deutschland im Sommer 2015 zu erzählen. Nachdem sein Vater vom IS getötet wurde, ist er mit seiner Frau und seinem kleinen Sohn aus dem Irak geflohen. Da er nicht schwimmen kann, hat er Schlepper bezahlt, die die junge Familie über den Balkan nach Deutschland gebracht haben: „Im Irak hatten wir genug Geld zum Leben“, erzählt der studierte Mathematiker, „nach dem Tod meines Vaters haben wir alles verkauft, so dass wir Geld für die Flucht hatten.“ Vor drei Monaten ist seine kleine Tochter auf die Welt gekommen. Er sei vor allem wegen seiner Kinder geflohen. Sie sollen ohne Krieg aufwachsen und ein gutes Leben haben. „Mein Sohn geht in Gernsheim in den Kindergarten und spricht schon besser Deutsch als ich“, zwinkert er dem Kleinen zu, der auch mit ins Heimatmuseum gekommen ist.



Unbekannte Wege gemeinsam gehen

Der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV), Hans-Josef Becker, erinnerte an die 939 Heimatvertriebenen 1946 in Gernsheim. Das waren anteilig 10,2 Prozent der Bevölkerung.

Bürgermeister Peter Burger nannte die aktuellen Zahlen von insgesamt 143 Geflüchteten, ca. 1,5 Prozent der Gernsheimer Einwohner. So leben in 21 Wohnungen in Gernsheim 79 Syrer, 24 Afghanen, 19 Iraker, 13 Algerier, Äthiopier und Staatenlose, vier Iraner und vier Pakistani. Gemäß der Prognose werden in diesem Jahr weitere 65 Personen erwartet. „Migration bedeutet Veränderung“, so Burger. Gernsheim blicke in seiner älteren und jüngeren Stadtgeschichte auf viele Phasen zurück, in denen „Fremde“ in die Stadt gekommen sind. Er wisse um die aktuellen Ängste in der Bevölkerung, halte diese aber für unbegründet. Burger appelliert, für die Grundwerte des Grundgesetzes einzustehen: „Werte, auf die wir stolz sind. Auf dieser Grundlage können wir offen sein für Veränderungen.“

Adamu Mamo Kebede fragt in einem seiner Gedichte: „Warum bin ich heimatlos? Warum bin ich Flüchtling? Was war meine Heimat? Und was ist sie heute? In meiner Heimat kommt der Tod bei Tag und bei Nacht. Ich weine um mich. Ich bin heimatlos. Ich weine um uns. Ich weine um meine Heimat.“ Der 33-Jährige, der seit drei Jahren in Gernsheim wohnt, schreibt

über seine verlorene Heimat in Äthiopien, um seine Fluchterlebnisse zu verarbeiten. Zu dem Gesprächsabend ist auch Liselotte Schade gekommen. Sie hat Adamu Mamo Kebede bei einem Spiele-Nachmittag kennengelernt: „Er hat mich gefragt, ob ich ihm bei seinen Deutschhausaufgaben helfen kann. So ging es los.“ Seitdem treffen sie sich regelmäßig. Dazu beigetragen haben Adamus „sehr beeindruckende Gedichte mit seelischem Tiefgang“. Sie wünsche sich, dass Fremde, „genau wie ich damals“, gute Freunde finden. Wenn ihnen der deutsche Wortschatz fehlt, sprechen die beiden englisch. Sie reden über ihre unterschiedlichen Kulturen und den christlichen Glauben. Adamu Mamo Kebede nennt sie liebevoll „Mutter“. Sie sagt: „Es ist mir ein weiterer Sohn geschenkt worden – ganz ohne Geburtsschmerz.“ Liselotte Schade hat selbst Fluchterfahrung und dreieinhalb Jahre ihrer Kindheit in einem Flüchtlingslager gelebt. „Adamu ist heute wieder fröhlich – Gott sei Dank“, fasst sie ihre Gefühle zusammen.

Nicht müde werden und sich kümmern

Bewegt schildert Eva Roth aus Erfelden die Arbeit des „Freundeskreis Flüchtlinge in Riedstadt“. Bereits 2014 hat sich dort auf Initiative des dortigen Pfarrers Jürgen Bode eine Gruppe Ehrenamtlicher aus dem kirchlichen und gemeindlichen Kontext auf den Weg gemacht, Flüchtlinge zu begleiten. Eva Roth gibt Deutschunterricht und leistet praktische Alltagshilfe. „Dass Afghanistan als sogenanntes sicheres Herkunftsland bezeichnet wird und Menschen, die von dort geflohen sind, wieder dorthin abgeschoben werden, kann ich nicht nachvollziehen“, so Roth. Aktuell unterstützt sie eine afghanische Familie bei der rechtlichen Prüfung einer drohenden Abschiebung und setzt sich dafür ein, dass sie bleiben können. Sie bewundert die herzliche Gastfreundschaft der Familie.

Christel Lottermann berichtet aus Hofheim. Flüchtlingen eine menschenwürdige Unterbringung zu verschaffen, war ihr Motiv sich zu engagieren. Mit zwei ehrenamtlichen Frauen suchte sie nach Wohnraum. Der nächste Schritt war die Organisation der Sprachkurse: „Sprache ist die schwierigste Hürde.“ Die Ehrenamtlichen begleiten die Flüchtlinge bei Arztbesuchen und

helfen im Alltag. „Es ist ein Geschenk, dass wir mithelfen können“, beschreibt Lottermann ihr Engagement. Trotz der vielen positiven Erlebnisse berichtet sie auch von kulturellen Unterschieden, die unter anderem die Rolle der Frau und der Gleichberechtigung betreffen. Sie nannte eine besondere Herausforderung die Haltung eines Mannes: Er hat die Flucht der Frau bezahlt und betrachtet sie nun als Eigentum. „Kann sie hier Heimat finden?“ Es sind „Menschen wie wir mit Ecken und Kanten“, doch das Vertrauen wachse. Sie verschweigt auch nicht, dass es einige Mitbürger gibt, die ihr Engagement weniger verstehen. „Eine der wichtigsten Aufgaben in der heutigen Zeit ist, nicht müde zu werden und immer wieder zu vermitteln“, appelliert Lottermann an die Zuhörerschaft.

Der Stockstädter Helmut Brandl knüpft direkt da an und spricht über die Vertreibung seiner zehnköpfigen Familie aus dem Sudetenland 1946. Bewegt schildert er den Weg und die Bedingungen der Vertreibung nach Kupferberg in der Oberpfalz. Auch er habe erfahren, wie sehr Menschen, die auf der Flucht sind, darauf angewiesen sind, willkommen geheißen zu werden. So war der damals 6-Jährige in seiner neuen Heimat oft mit Hämme und Argwohn konfrontiert: „Schläge waren nach der Schule auf dem Nachhauseweg nichts Außergewöhnliches. Oft nahmen wir, um der Situation zu entgehen, große Umwege in Kauf.“

Kinder lernen schnell

Christine Müller vom CaritasNetzwerk erklärt, wie Kinder gut in Kitas und Schulen eingegliedert würden. Sie lernen schnell, bei den Eltern dauere das Ankommen länger. Viele Formen der Unterstützung Geflüchteter durch Kirche und Diakonie zeigte Heike Kissel vom Evangelischen Dekanat Ried auf.

Diese Veranstaltung hat nicht nur auf die Schicksale der Menschen hingewiesen, sondern auch auf deren gezeigte Dankbarkeit aufmerksam gemacht. Wenn wir uns gegenseitig mit Respekt begegnen, dann ist das die beste Basis für Integration. Gestärkt durch ein Buffet mit Kostproben aus verschiedenen Ländern, klang der Abend in kleineren Gesprächsrunden aus. Integration braucht Zeit und Raum. Beides bot der Abend allen Beteiligten. ■

Alle werden gebraucht! Hessen und Europa gehen auch solidarisch

Das 12. Hessische Sozialforum stellte die Frage nach dem demokratischen Zusammenhalt und Verteilungsgerechtigkeit für alle in Hessen und Europa.

Die 200 Teilnehmenden aus Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Ver-

einen und Initiativen erarbeiteten Vorschläge für eine andere Politik in Hessen und Europa, gegen wachsende soziale Spaltungen und öffentliche Armut trotz blühender Wirtschaft und für einen politischen Neustart der Europäischen Union.

Im Zentrum der Diskussionen standen die Themen Demokratisierung Europas, Integration der Geflüchteten in Hessen und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums.

„Wer ein friedliches, starkes Europa will, muss ein soziales Europa schaffen. Europa darf nicht als Alibi für Steuer- und Lohndumping missbraucht werden. Europa muss ein Sozialraum für alle Bürgerinnen und Bürger werden“, so der Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann, der als Gast an dem Hessischen Sozialforum teilnahm.

Das Hessische Sozialforum findet einmal im Jahr statt und diskutiert über aktuelle politische Fragen. Veranstalter ist unter anderem das Bündnis Soziale Gerechtigkeit in Hessen. Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung vertritt die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau in dem Bündnis. ■



„Und richtet Erniedrigte auf“: Sozialpolitischer Buß- und Bettag in Wetzlar

Seit fast zwei Jahrzehnten erleben Christinnen und Christen in Wetzlar und Umgebung einen besonderen Buß- und Bettag. Nach dem Gottesdienst werden die Besucherinnen und Besucher zu einem Theaterbesuch eingeladen. Passend zum diesjährigen Motto „Und richtet Erniedrigte auf“ wurde das Stück der Arbeitsloseninitiative WALI „Herr Schröder läuft Amok. Über Konkurrenz und Solidarität“ von der WALI-Theatergruppe aufgeführt. Regie führte Erich Schaffner.

Selbstwertgefühl zurückgeben

So wie im Märchen „Die Bremer Stadtmusikanten“ vier im Alter schlecht behandelte Haustiere ihrem Besitzer davonlaufen, um in Bremen als Stadtmusikanten ein besseres Leben führen zu können, schließen sich Handwerksgelesen aus dem 18. Jahrhundert zusammen, um

gegen die menschenverachtenden Arbeitsbedingungen der Meister vorzugehen. So wie die Tiere schaffen sie es, durch Mut und Zusammenhalt faire Arbeitsbedingungen zu erreichen und ihr Selbstwertgefühl wieder zurückzubekommen. Doch plötzlich finden sie sich im 21. Jahrhundert wieder und „Robbi“, ein Industrieroboter tritt auf. Er erklärt ihnen die moderne Zeit mit Zeit- und Leistungsdruck. Jeder kämpft für sich allein, versucht sich durchzuboxen und die anderen zu übertrumpfen. Am Ende bleiben alle auf der Strecke. Da hilft nur das alte Rezept: Zusammenhalten und gemeinsam kämpfen.

Volks- und Handwerkerlieder, mal lustig, mal zum Aufbruch rufend oder politisch aufrüttelnd, lockern die Szenen auf.

Am Buß- und Bettag ging es historisch schon immer um die gemeinsame Reflexion von gesellschaftlichen Fehlent-



wicklungen, Gefahren und Not, um individuelle Gewissensprüfung und den Aufruf der Kirche zu Umkehr und Gebet. All das vereint der Sozialpolitische Buß- und Bettag in Wetzlar-Niedergirmes.

Veranstalter: Arbeitsloseninitiative WALI, Evangelischer Kirchenkreis Braunfels und Wetzlar, Evangelische Kirchengemeinde Niedergirmes, Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN, Diakonie Lahn-Dill ■

Für eine menschenwürdige Arbeitswelt. Im Gespräch: Gewerkschaften und Evangelische Kirche in Rheinhessen



Vertreterinnen und Vertreter des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften und der Evangelischen Kirche in Rheinhessen tauschten sich zum ersten Mal in Mainz über aktuelle Entwicklungen in der Arbeitswelt aus. Die Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebenswelt standen auf der Agenda.

Dank digitaler Möglichkeiten können heute viele Beschäftigte ihre Arbeit an einem Ort und zu einer Zeit ihrer Wahl erledigen. Smartphones beispielsweise garantieren eine schnelle Erreichbarkeit, per Telefon, E-Mail, WhatsApp. Alles, was man zum Arbeiten braucht, hat man dabei.

Das eröffnet Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf den ersten Blick ein großes Maß an Zeitsouveränität und Flexibilität. Die digitale Technik hat aber auch ihre Kehrseiten. „Mit der digitalen Technik nimmt das Tempo zu. Eine WhatsApp ist schneller als ein Brief“, so der Evangelische Propst von Rheinhessen, Dr. Klaus-Volker Schütz, im Gespräch mit den Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertretern. Obwohl er selbst die Möglichkeiten der digitalen Technik als Bereicherung erlebe, sehe er die Gefahr von steigenden Erwartungen. Auf E-Mails solle schneller geantwortet und Aufträge effektiver und zeitnäher erledigt werden. Manchmal geht es aber auch um Entschleunigung. „In der Bibel steht: Ein jegliches hat seine Zeit und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde, und gemeint ist damit, dass es etwas wie einen eigenen Rhythmus gibt. Es geht darum, nicht das schnellste, sondern das angemessene Tempo für eine Arbeit zu finden“, so Schütz. ■

Frauen haben das Wort: Von Luthers zu Katherinas Tischreden

Die stellvertretende Kirchenpräsidentin der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Ulrike Scherf, lud anlässlich des 500-jährigen Reformationsjubiläums Frauen aus Politik, Wirtschaft, Kirche und Medien zum Frauenmahl in die Heiligegeistkirche nach Frankfurt ein. Der Impuls dafür kam aus dem ZGV, das auch die Organisation übernahm.

Anders als bei den Tischreden im Hause Luther und von Bora hatten hier die Frauen das Wort und tauschten sich über wichtige Fragen des Lebens aus.

Die Reformation stieß zahlreiche Veränderungen an – im persönlichen Leben wie auch in gesellschaftlichen Zusammenhängen. Auch die Tischrednerinnen beim Frauenmahl hatten beides im Blick. Sie erzählten sehr persönlich, wie sie heute mit Veränderungen in ihrem privaten und gesellschaftlichen Leben umgehen.



Zu Wort kamen Sylvia Schenk, Rechtsanwältin aus Frankfurt, Rena Achten, eine der ersten Pilotinnen bei der Lufthansa, Imelda Labbé, Leiterin des weltweiten After-Sales-Geschäfts des VW-Konzerns, Tanja Gönner, Juristin und Vorstands-

sprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und Prof. Dr. Christina Aus der Au Heymann, Professorin an der theologischen Fakultät der Universität Zürich und Präsidentin des Evangelischen Kirchentages 2017. ■

Erfolg liegt jenseits der Rentabilität: Zweiter sommerlicher Abend

Zum zweiten Mal hatte Kirchenpräsident Dr. Dr. h.c. Volker Jung zu einem „sommerlichen Abend“ für Unternehmerinnen und Unternehmer in das Frankfurter Dominikanerkloster eingeladen. Eröffnet wurde der Abend am 28. Juni mit kurzen Impulsvorträgen von Kirchenpräsident Dr. Volker Jung und von der Geschäftsführerin der Vaude Sport GmbH, Dr. Antje von Dewitz.

Jung ging der Definition von Erfolg entlang der Frage nach, ob die Reformation ein Erfolg gewesen sei. Nein, sie sei eigentlich ein Misserfolg gewesen, denn Luthers Ziel, die Kirche zu reformieren, sei im Grunde gescheitert. Aber langfristig betrachtet seien die reformatorischen Ideen durchaus erfolgreich gewesen und hätten sich durchgesetzt. Dazu gehörten die Freiheit des Individuums, die Selbstbestimmung im Glauben und ein für alle zugängliches Bildungswesen. Luther habe die Frage gestellt: Was muss ich tun, damit Gott mir gnädig ist? Die Antwort sei aber kein Leistungskatalog gewesen, sondern die Einsicht, dass es der Glaube sei, der die Gnade Gottes erringt. „Das Leben aus Gottes Hand als Geschenk zu empfangen und mit anderen zu teilen“ sei Luthers Leitmotiv gewesen, so der Kirchenpräsident.



Die Unternehmerin Antje von Dewitz näherte sich dem Begriff Erfolg auf drei Ebenen. Zum einen sei es ein Erfolg, dass der Neid, der einem als erfolgreiche Unternehmerin entgegengebracht wird, letztlich in ein Vertrauen umgemünzt werde. Das gelinge durch eine transparente Unternehmenspolitik, die letztlich auch das Vertrauen in die Marke stärke. Erfolgreich zu sein sei aber auch eine persönliche Angelegenheit, so von Dewitz. Gerade als Unternehmerin habe sie die Erfahrung gemacht, etwas gestalten zu können. Dazu gehöre, dass sie Mut gehabt habe, Denkschranken zu überwinden. Ihr sei es gelungen, aus dem Betrieb, den sie 2009

von ihrem Vater übernommen hat, ein nachhaltig verantwortungsvoll handelndes Unternehmen zu machen. Und hier sei die dritte Ebene, die von Dewitz als Erfolg definierte: Für sie stehe die Gemeinwohlökonomie im Vordergrund. Hier gehe es nicht um die alleinige Rentabilität der eigenen Firma. Gemeinwohlökonomie habe im Blick, dass Produktion und Handel sozial gerecht und ökologisch einwandfrei seien.

Von Dewitz sei stolz, dass die in Tettang ansässige Vaude GmbH nicht nur für ihren wirtschaftlichen Erfolg ausgezeichnet worden sei, sondern auch für ihr umweltbewusstes Wirtschaften. ■

Medienpädagogik-Praxis-Camp



„Aus der Praxis – für die Praxis“: So lautete das Motto des Medienpädagogik-Praxis-Camps in Mainz, das zum zweiten Mal durchgeführt wurde. Ins-

gesamt 83 Medienpädagoginnen und -pädagogen aus dem deutschsprachigen Raum versammelten sich zwei Tage in Mainz, um über aktuelle Themen, Trends

und Methoden der medienpädagogischen Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu diskutieren und neue Techniken auszuprobieren. Durch das Barcamp als Veranstaltungsformat konnten die Teilnehmenden eigene Themen, wie VR-Brillen (Virtual Reality) selbst basteln, Apps testen, Actionbound und Lightpainting in die Veranstaltung einbringen und diskutieren.

Dokumentiert wurden die einzelnen Barcamp-Sessions über die Beteiligungsplattform barcamptools.eu/mppb17. Auf diese Weise wurde gewährleistet, dass die Ergebnisse auch langfristig zur Verfügung stehen und genutzt werden können. ■

Veränderungen im ZGV



Dr. Brigitte Bertelmann, Referentin für Wirtschaft und Finanzpolitik, wurde nach 18 Dienstjahren im Dezember 2017 mit einem Gottesdienst in den Ruhestand verabschiedet. Seit 2010 vertrat sie die Leitung des Zentrums.



Hans Peter Wiener, Sekretär im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung, ging nach 23 Dienstjahren in der Ev. Kirche in Hessen und Nassau in den Ruhestand. Die letzten 12 Jahre davon arbeitete er im ZGV.



Pfarrer Hans Ulrich Reitzel ist im Sommer 2017 aus dem ZGV ausgeschieden. Nach vier Jahren endete die Projektstelle Flughafen.



Ilona Färber verstärkt seit Februar das Sekretariat. Die Kauffrau für Bürokommunikation arbeitet für die Referate Ländlicher Raum und Jugendpolitische Bildung.



Gisela Zwigart-Hayer betreut seit August die Netzwerke Leben im Alter und Familie. Sie vertritt Daniela Fahrnbach während deren Elternzeit.



Birgit Benhard, Bürokauffrau und Fremdsprachenkorrespondentin, arbeitet seit Mai für den Leiter des ZGV als Sekretärin.



Matthias Blöser arbeitet seit 1. September 2017 im ZGV. Der sechsjährige Projektauftrag des Politikwissenschaftlers lautet: „Demokratische Kultur in der Gesellschaft stärken. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“.



Nils Schütz, Spezialvikar, arbeitet seit 1. Dezember 2017 für sechs Monate im Referat Umwelt & Digitale Welt. Sein theologisches Interesse liegt in der Verhältnisbestimmung zwischen Umwelt und Digitaler Welt.

ZGV bei Facebook

Seit Ende Juni informiert das ZGV über Themen aus der Arbeitswelt, Sozial- und Jugendpolitik, Wirtschaft und Ökologie in Facebook, lädt zum Austausch ein und freut sich über eine rege Beteiligung.

➔ [www.facebook.com/
ZentrumGesellschaftliche
VerantwortungEKHN/](https://www.facebook.com/ZentrumGesellschaftlicheVerantwortungEKHN/)





Zentrum Gesellschaftliche
Verantwortung der EKHN
Albert-Schweitzer-Straße 113–115
55128 Mainz
Telefon: 06131 28744-0
Fax: 06131 28744-11

www.zgv.info

LEITUNG



**Oberkirchenrat
Pfarrer Christian Schwindt**
Telefon: 06131 28744-41
c.schwindt@zgv.info

STELLVERTRETENDE LEITUNG



N. N.

GESCHÄFTSFÜHRUNG



Hanne Münch
Telefon: 06131 28744-35
h.muench@zgv.info

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT



Margit Befurt
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 06131 28744-42
m.befurt@zgv.info



Annette Schwinn
Sachbearbeitung
Telefon: 06131 28744-43
a.schwinn@zgv.info

RAUMVERMIETUNG &
VERANSTALTUNGSBETREUUNG



Silvia Zerfaß
Hauswirtschaft
Telefon: 06131 28744-34
s.zerfass@zgv.info



Sylvia Krause
Hauswirtschaft

SEKRETARIATE



Birgit Benhard
Telefon: 06131 28744-46
b.benhard@zgv.info



Bianca Hahn
Telefon: 06131 28744-10
b.hahn@zgv.info



Petra Böhme
Telefon: 06131 28744-33
p.boehme@zgv.info



Ulrike Schwartz
Telefon: 06131 28744-54
u.schwartz@zgv.info



Ilona Färber
Telefon: 06131 28744-31
i.farber@zgv.info



Julia Unser
Telefon: 06131 28744-32
j.unser@zgv.info

WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK

N. N.
Telefon: 06131 28744-44



Pfarrer Dr. Ralf Stroh
Telefon: 06131 28744-56
r.stroh@zgv.info

ARBEIT & SOZIALES



Heike Mieke
Telefon: 06131 28744-45
h.mieke@zgv.info



Marion Schick
Telefon: 06131 28744-51
m.schick@zgv.info



Dr. Julia Dinkel
Telefon: 06131 28744-55
j.dinkel@zgv.info

LÄNDLICHER RAUM



Dr. Maren Heincke
Telefon: 06131 28744-47
m.heincke@zgv.info

UMWELT & DIGITALE WELT



Pfarrer Dr. Hubert Meisinger
Telefon: 06131 28744-50
h.meisinger@zgv.info



Michael Grunewald
Telefon: 06131 28744-48
m.grunewald@zgv.info



Katrin Saudhof
Klimaschutzmanagerin
Telefon: 06131 28744-52
k.saudhof@zgv.info

JUGENDPOLITISCHE BILDUNG



Annika Gramoll
Telefon: 06131 28744-49
a.gramoll@zgv.info

PROJEKT „DEMOKRATIE STÄRKEN“



Matthias Blöser
Telefon: 06131 28744-60
m.bloeser@zgv.info

NETZWERKE FAMILIE UND LEBEN IM ALTER



Gisela Zwigart-Hayer
Telefon: 06131 28744-33
g.zwigart-hayer@zgv.info

MITARBEIT IN EKD-GREMIEN

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt in der EKD

Beauftragter für die Bundesallianz für den freien Sonntag:
Pfarrer Dr. Ralf Stroh

Mitglied im Ausschuss Erwerbslosigkeit, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik:
Marion Schick

Mitglied im Ausschuss Arbeit und Technik:
Heike Mieke

Mitglied im Ausschuss Entwicklung in Europa:
Dr. Julia Dinkel

Kammer für soziale Ordnung des Rates der EKD

Dr. Brigitte Bertelmann

Kammer für nachhaltige Entwicklung des Rates der EKD

Dr. Maren Heincke

Theologischer Ausschuss der Union Ev. Kirchen (UEK)

Pfarrer Dr. Ralf Stroh

Verantwortlich:
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKH
Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt
Albert-Schweitzer-Straße 113–115
55128 Mainz

Redaktion:
Margit Befurt,
Dr. Brigitte Bertelmann,
Christian Schwindt

Gestaltung:
Holger Giebeler,
magascreen.com

Korrektorat:
Dr. Angelika Fallert-Müller

Druck:
Lautertal-Druck,
lautertal-druck.de

Auflage: 800

Bildnachweis:
Titelblatt:
Marco2811 / fotolia.com
Circumnavigation / fotolia.com
bizoo_n / fotolia.com
benjaminolte / fotolia.com
ZGV

S. 4/5: psdesign1 / fotolia.com
S. 6/7: Marco2811 / fotolia.com
S. 9: Belish / fotolia.com
S. 10/11: Berndt Biewendt
S. 12: G. Mester
S. 15: Rawpixel.com / fotolia.com
S. 17–19: Abrahamisches Forum e. V.
S. 20: Visions-AD / fotolia.com
S. 21: benjaminolte / fotolia.com
S. 23: ultramansk / fotolia.com
S. 26: Igor Link / fotolia.com

S. 27: Circumnavigation / fotolia.com
S. 31: G. Mester
S. 32/33: Ev. Dekanat Vorderer Odenwald
S. 34/35: Katrin Hechler
S. 35 (l.): Stefanie Limberg
S. 36/37: Silke Rummel
S. 38 (u.): Uta Barnikol-Lübeck
S. 40 (o.): Peter Bernecker
S. 40 (u.): Hannes Spicker, filmreflex

Alle übrigen: ZGV

Aus redaktionellen Gründen werden die männlichen und weiblichen Formen nicht durchgängig verwendet.

UNSER ZIEL:

**Eine sozial gerechte und ökologisch
verträgliche gesellschaftliche Entwicklung.
Aus christlicher Verantwortung vor Gott
und den Menschen.**



Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN

Albert-Schweitzer-Straße 113–115

55128 Mainz

Telefon: 06131 28744-0

www.zgv.info



EIN ZENTRUM DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN HESSEN UND NASSAU